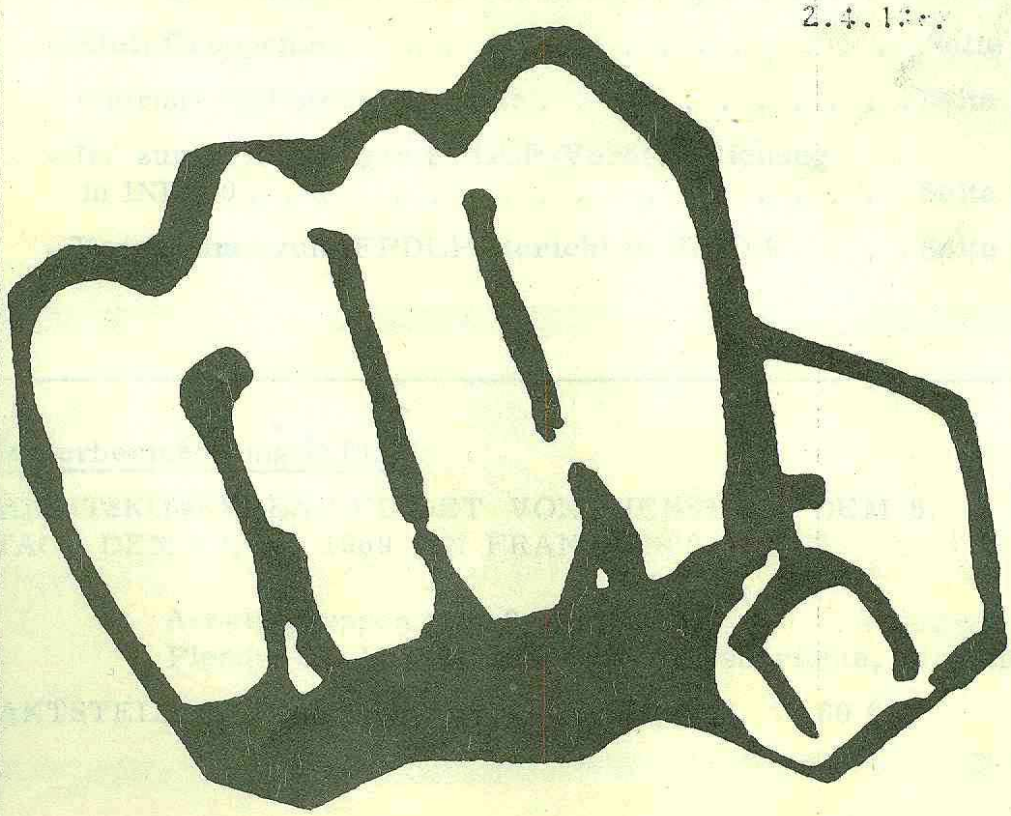
Bright

SDS

info 10

2.4.1[illegible]



INHALT

Der Prozeß der Organisation und die Rolle des BV . . . . . Seite I-V

Zwischen Zungenrederei und Kraftprotzen
Zur Kritik des Heidelberger Organisationsformalismus . . . Seite V-IX

Kommentar des AStA Kiel zum vds . . . . . Seite IX-XI

TU Berlin: Kommentar zur 21. o. MV des vds . . . . . Seite XI-XIV

Arbeitskonferenz

- Technologie . . . . . Seite XIV-XVI
- Kinderläden . . . . . Seite XVII-XVIII
- Justizkampagne . . . . . Seite XVIII-XXIV
- Betriebsarbeit . . . . . Seite XXV-XXVI
- Bundeswehrkampagne . . . . . Seite XXVI-XXIX
- Finanzen . . . . . Seite XXIX-

Berichte

- Rote Presse Korrespondenz . . . . . Seite 1-3
- Arbeitskonferenz: Afrikaprojekt . . . . . Seite 3-4
- Rechtshilfe: Mahler-Eschen-Erklärung . . . . . Seite 5-6
- Kiel: Gruppeninfo . . . . . Seite 7-11
- Internationalismus-Seminar . . . . . Seite 11
- BV zur Heidelberger FPDLP-Veröffentlichung in INFO 9 . . . . . Seite 12
- Kommentar zum FPDLP-Bericht in INFO 9 . . . . Seite 12-14

Druckfehlerberichtigung INFO 9:

DIE ARBEITSKONFERENZ FINDET VON DIENSTAG, DEM 8. 4. 1969 BIS SONNTAG, DEM 13. 4. 1969 IN FRANKFURT STATT.

Arbeitsgruppen vom 8. bis 11. 4.
Plenum am 12. und 13. 4. (Arbeitsberichte, Strategiedebatte, Wahl)

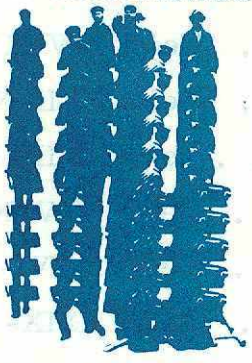
KONTAKTSTELLE BV, Wilhelm Hauff Str. 5, Tel. 77 60 68

Beim Zentralrat der Kinderläden in Westberlin gibts →

NEU!

Siegfried Bernfeldt: Die Schulgemeinde und ihre Funktion im Klassenkampf Berlin 1928 3,50

Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution



Fotomechanischer Nachdruck der Erstausgabe von 1929, Format 28,5 x 21 cm, 528 Seiten, Flexibler Einband im Schuber. Bis zum Erscheinen Subskriptionspreis DM 42,00 Nach Ersch. DM 50,00 Februar

Wann wären die Deutschen nicht um Jahrhunderte zurückgewesen?
Michael Bakunin
(Deutsch-Französische Jahrbücher)

Was hat die deutsche Revolution vom November 1918 gebracht? Sie hat die bürgerliche Republik geschaffen. Sie hat durchgeführt, was 1848 erträumt, was 1792 in Frankreich in ungleich radikalerer Weise vollendet und was 1917 in Russland bereits überwunden war. Sie hat die Rückständigkeit von Jahrhunderten gegenüber dem Westen überbrückt, aber nur, um eine neue Mauer der Rückständigkeit gegenüber dem Osten aufzubauen.
Die deutsche Novemberrevolution hat von zwei Dutzend Köpfen die Kronen heruntergeschlagen. Sie hat die längst überlebte Herrschaft des Junkertums über den Staatsapparat beseitigt und die Bourgeoisie zum Alleinherrscher gemacht. Aber sie hat noch nicht einmal alles erfüllt, was das Bürgertum überall und stets erstrebte, wo und solange es revolutionär war.
Wie es geschehen konnte, dass der erste Ansturm der proletarischen Revolution in Deutschland zurückprallte, eine Reihe von schweren Niederlagen einleitete, sein vorläufig greifbares Ergebnis der Sieg der Konterrevolution und der Staat des Grosskapitals wurde, das soll in diesem Buch geschildert werden.

Mit Beiträgen von Hermann Duncker, Hugo Eberlein, Paul Fröhlich, Fritz Heckert, Johann Knief, W. I. Lenin, Eugen Levine, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring, Willi Münzenberg, Wilhelm Pieck, Hermann Remmele, Walter Stöcker, Ernst Thälmann, Walter Ulbricht, Jakob Walcher, Clara Zetkin, u. a.

bis zum 1.5. für Genossen nur 35.-

ab 1.5. für Genossen 40.-

beim BV gibt's ab nächste Woche

TROTZKI, KOMMUNISMUS & TERRORISMUS

ca. 180 S., 7.-

DER PROZESS DER ORGANISATION UND DIE ROLLE DES BV

DieSchwierigkeiten, das ProblemderOrganisation theoretisch undpraktischfür den SDS anzugehen, wiessie sich auf derFrankfurter DK zeigten, reproduzierten sich mit einigen Verschiebuungen in Hannover.
Die negativen Momente der anitautoritären Phase des SDS fanden ihren Ausdruck in einer chaotisierten Diskussion, die die weitgehend dezentralisierte Praxis der Gruppen nicht zu vermitteln in der Lage war.

Die Auflösung des Organisationszusammenhangs SDS in der politischen Mobilisationsphase -der Vietnamkampagne und der Einleitung der Hochschulrevolte- die weitgehend urwüchsig und spontan sich ergeben hatte, diese Auflösung des SDS in nicht auf einander bezogene , durch keine theoretisch und strategisch verbindliche Positionen vermittelten Gruppen führte einerseits zu einer Fetischisierung der partikularen (oft existentialistischen) Praxis bei gleichzeitiger eminenter Unfähigkeit, ein kritisches Bewußtsein von der eigenen Arbeit, aber auch der anderer Gruppen, auszubilden; andererseits zeigte sich jedoch das Bedürfnis, diesen verloren gegangenen Zusammenhang über die Organisation des überregionalen Kontakts -und seis ansatzweise- herzustellen.

Die Debatte über die Funktion des Bundesvorstands hatte hier ihren Ansatz.
Die Verlagerung des BV in eine der Gruppen wurde darum auch nicht zufällig abgewiesen, galt es doch, die jeweilige örtliche Praxis in ihrer Beschräkung aufzuheben und eine Ebene überregionaler politischer Kooperation und Initiative allererst herzustellen. Zwar spiegelten sich in der Wahl eines fünf-köpfigen Bundesvortsnads auch die politischen Perspektiven wider, die die Genossen in den BV delegierten , doch blieb die politische Funktion des BV weitgehend unbefragt.
Einverständnis bestand allenfalls darüber, daß der BV eine Koordinierungs- u. Informationsfunktion für die Gruppen habe. Er war verstanden weniger als die politische Instanz, die an der Spitze der Bewegung steht, sondern eher als die organisatorische Spitze , die den Prozess der Herausbildung von Formen einer sozialistischen Kampforganisation vorantreibt, nicht indem sie abstrakte Organisationsrezepte den Gruppen überstülpt, sondern indem sie in die Arbeit der Gruppen praktisch organisierend und den überregionalen Zusammenhang durch Information vermittelnd eingreift, zugleich aber Ansätze für strategische Konzeptionen entwickelt, die vor allem langfristige Perspektiven für eine sozialistsiche Praxis eröffnen.

Die Situation der Gruppen , mit der der BV zu Beginn seiner Arbeit konfrontiert war, war dadurch charakterisiert, daß der Dezentralisierung der politischen Aktivitäten des SDS weg von einer abstrakten Diskussionsebene SDS auf DKs, in der nk und auf theoretischen Seminaren in die Gruppen ein Prozess der zunehmenden Partikularisierung der Arbeit der Gruppen in verschiedene, nicht mehr auf einander bezogene Arbeitsbereiche entsprach. Dabei bildeten sich unterschiedliche politische Ansätze und Gruppierungen heraus.

Das Hauptproblem aller Gruppierungen war die Frage, in welcher Weise längerfristige Perspektiven zur tatsächlichen Revolutionierung der Gesellschaft zu entwickeln sind. Nach den Notstandsaktionen war -wenn auch in einigen Universitäten nur latent- das politische Bewußtsein für die Reflektion der individuellen Rolle im Studium sowie der objektiven Funktion des Studiums für den Produktionsprozess vorhanden. Das Problem, wie dieses politische Bewußtsein sich in verändernder Praxis in längerfristige, nicht mehr nur auf die Universität bezogene Politisierung umsetzt, wurde auf verschiedene Weise zu lösen versucht.

So wurde von einer Gruppe die scheinbare Unmöglichkeit allgemeinpolitischer Mobilisierung auf gesamtuniversitärer Ebene ersetzt durch einen Institutsreformismus, der auf kritische Wissenschaft als dem wesentlich mobilisierenden Faktor reduziert war. Für diese Gruppe stand die Diskussion über die Inhalte in den Seminaren, sowie die literarische Auseinandersetzung um eine Praxis, die politische Widersprüche lieber verdeckt als sie offen auszutragen, im Mittelpunkt.

Eine weitere Gruppierung behauptete, die Hochschulrevolte sei in ihrer mobilisierenden Wirkung am Ende. Veränderungen in der Gesellschaft vollzögen sich nicht über die Auseinadersetzungen in der Universität; deshalb versuchten Genossen zusammen mit jungen Arbeitern und Studenten Basisgruppen in Satdtteilen und in Fabriken zu bilden. Der eigentliche Ort der Revolte, die Universität, wurde dabei ebenso vernachlässigt, wie die Frage, welches die spezifischen Bedingungen der Politisierung de gesellschaftlicher Schichten seien, die in ihrer Ausbildung und in ihren sozialen Verhältnissen ganz anderen von den Studenten nicht befragten repressiven Zwängen ausgesetzt sind. Dieser richtige Versuch, die Revolte der Studenten über die Universität hinaus in anderen gesellschaftlichen Bereichen zu entfalten, kann jedoch nur dann erfolgreich sein, wenn es den Studenten und jungen Arbeitern gelingt, nicht nur in der Organisation und Durchführung militanter Aktionen zusammenzuarbeiten. Die Studenten müssen vielmehr zusammen mit den jungen Arbeitern und Lehrlingen versuchen, die spezifischen Bedingungen der Politisierung dieser gesellschaftlichen Gruppen zu bestimmen und in der Verbindung zu den auch wissenschaftlich arbeitenden Gruppen in der Universität die Ansätze zur gemeinsamen politischen Arbeit auch organisatorisch zu stabilisieren.

Ersatzbefriedigung für politische Erfolge, die nicht unmittelbar auch subjektiv befreiende Wirkung haben, sucht eine große Zahl von Genossen im subkulturellen linken Milieu oder in einem unreflektierten, beinahe begriffslosen Aktionismus.

Diesem mehr auf die Befriedigung individueller Bedürfnisse bezogenen Ansatz steht das abstrakte Gerede von der Notwendigkeit der Bildung einer "leninistischen Kaderorganisation" entgegen. Allein eine solche Organisation konstituiere jenen Grad von Verbindlichkeit, der langfriste politische Arbeit erst ermögliche. Hiwr wird kurzerhand und schematisch die historische Entwicklung der Kommunistischen Partei in Russland gleichgesetzt mit der Entfaltung der sozialistischen Opposition in der BRD. Diese Gruppe vernachlässigt die spezifischen Bedingungen einer sozialistischen Praxis heute. Gerade in der vorweggenommenen, ansatzweisen Befreiung des Einzelnen aus den irrationalen Zwängen in der Familie, der Schule, der Universität und im Betrieb und gerade in der politischen Selbstorganisation wird politische Parxis ersteermöglicht.

In der Vermittlung dieses antiautoritären Ansatzes mit einer sozialistischen Strategie liegt das eigentliche organisatorische Problem des SDS. Wer die spezifischen Bedingungen der Situation, in der sich das antiautoritäre Lager befindet, abtut mit dem stereotypen Hinweis auf das notwendige Versinken der oben beschriebenen Ansätze in antiautoritären subkulturellen Sumpf, stellt sich in die Ecke der Geschichte, wird zum Sektierer!

Neben den bisher grob gekennzeichneten politischen Richtungen hat es an allen Universitäten Gruppen von Genossen gegeben, denen es gelungen ist, auch längerfristige Perspektiven für die politische Arbeit zu entwickeln. Hier wird der politische Anspruch auf Selbstorganisation konsequent durchgesetzt. Gerade in der inhaltlichen Präzisierung von Selbstorganisation z. B. im Aktiven Streik als dem Kampf um die Möglichkeit einer Ausbildung, die auf die Zerstörung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung gerichtet ist, wird das Bemühen um eine längerfristige politische Perspektive konkret. Hier werden die Berufsperspektiven für die jeweiligen Fächer, z. B. bei den Germanisten, Fragen der Funktion der Lehrer für die Schülerrevolte, diskutiert und

die heute schon in anderen gesellschaftlichen Bereichen betriebene politische Praxis (z.B. Bundeswehr oder Sozialarbeiter) zunehmend in das Studium eingebracht. Die Aufnahme solcher langfristigen Momente macht eine genauere Bestimmung der Erfolgskriterien für die praktisch-politische Arbeit erforderlich. Die Politik der hier beschriebenen Gruppierung war gekennzeichnet einmal durch die konsequente Austragung der Konflikte an der Basis in der Universität, den Schulen und Betrieben, zum anderen aber durch die reflektierte und realistische Einschätzung der eigenen Möglichkeiten. So wurde Selbstauslieferung an die Herrschenden verhindert, während gleichzeitig offensiv Politisierung weiterer Teile der Studenten, Schüler und Lehrlinge erreicht wurde. Die Organisationsfrage stellt sich für diese Gruppierung nicht abstrakt als formale Verpflichtung der Genossen zur politischen Arbeit dar, nicht als moralischer Apell, noch auch als quasi-administrativer Akt mittlerer Beamter, die mit einem Zitatenschatz revolutionärer Theorie politische Praxis meinen verwalten und strukturieren zu können, sondern als der Versuch, Ansätze zu langfristiger politischer Arbeit organisatorisch zu festigen. Diese Gruppierung hat an den Universitäten als informeller sozialistischer Kader gearbeitet. Sie hat zum großen Teil die politische Praxis an den Universitäten und in anderen gesellschaftlichen Bereichen getragen. In den meisten SDS-Gruppen sind im letzten halben Jahr formale Mechanismen, wie Mitgliedschaft, Vorstand, MVs, etc. weitgehend funktionslos geworden. Soweit es Versuche zu Diskussionen zwischen den verschiedenen Gruppierungen gab, waren sie gekennzeichnet durch irrationale, oft vorpolitische Auseinandersetzungen oder Revolten gegen die Autoritäten etc.

In dieser Situation konnte keine zentrale Instanz beanspruchen, verbindlich für die Gruppen politische Ziele festlegen zu wollen. Der BV selbst setzt sich aus Individuen zusammen, die alle aus einem bestimmten politischen Praxisbereich kommen, in dem sie selbst politisch diskutierend und praktisch organisierend tätig waren. So sind BV-Funktionen immer auch schon politisch bestimmt und nicht zu reduzieren auf die Weitergabe von Informationen und auf Koordination. Der BV bedeutet für die Gruppen die Möglichkeit, den BV einzusetzen und zu benutzen für die Arbeit an der eigenen Universität und in ihrer Gruppe. In diesem Sinne hat der BV tatsächlich als Reisekader Initiierungs-u. Vermittlungsfunktionen wahrgenommen. Dabei hat sich die Beteiligung an der längerfristigen Planung für die Organisation der politischen Kampagnen an den Universitäten als wichtigste BV-Funktion herausgestellt. Dies gelang vor allem deshalb, weil der BV sich an der konkreten Durchsetzung der Beschlüsse von der Vorlesungssprengung über das Flugblattschreiben, Plakatkleben und die strategischen Diskussionen bis hin zu den entscheidenden teach-ins als Teil der Gruppe beteiligte. So hat der BV weniger eine politische Führungsrolle wahrgenommen, er hat vielmehr versucht, durch die Beteiligung an der praktischen Politik die sich konsolidierenden Kerngruppen an den Universitäten organisatorisch und politisch zu festigen.
Dies geschah nicht zuletzt dadurch, daß der BV die Erfahrungen aus anderen Gruppen in der praktischen Arbeit vermittelte; so wurde die sogenannte Ungleichzeitigkeit tendenziell aufgehoben, die oft aus der nur formalen Übernahme politischer Ziele anderer Gruppen und deren Aktionsformen entstanden war. Vermittlung konnte dabei nur heißen, den Stellenwert des Beispiels politisch fortgeschrittener Gruppen für die jeweilige Gruppen in Diskussionen über die spezifischen Bedingungen der eigenen Praxis (die Konfliktebenen, die Entwicklung der Hochschulervolte, das örtliche sozialistische Potential usf.) zu bestimmen, um vor allem auch der Situation angemessene Erfolgskriterien für die Arbeit der Gruppe entwickeln zu können. In diesen Diskussionen haben sich Kader herausgebildet, die sowohl nach innen strukturierend wirken, als auch langfristige Perspektiven für die Schaffung einer revolutionären sozialistischen Organisation entwickeln können.

Ein besonderes Element der Vermittlung der Gruppen war der Info, dessen Funktion in der ersten Ausgabe zum einen mit dem Anspruch beschrieben worden war, "die Diskussion im Verband anzuregen, vielleicht ... jedoch zugleich die bürgerliche Presse zu unterlaufen und über Projekte und Ereignisse zu berichten, die gemeinhin unterschlagen werden"; zum anderen war bereits ein Ziel dieses Infos angegeben, nämlich zur Überwindung des "Partikularismus der Gruppen" beizutragen. Das war nur in Zusammenarbeit mit den Gruppen möglich.

Seinem ersten Anspruch, Informationen aus den Gruppen an die Gruppen weiterzugeben, ist der Info weitgehend gerecht geworden. War der Zugang von Informationen über die politische Praxis der einzelnen Gruppen bisher abhängig von meist persönlichen Beziehungen einzelner Individuen an den verschiedenen Hochschulen und von bürgerlichen Kommunikationsorganen wie Spiegel und Frankfurter Rundschau, so existierte kein zentrales Informationsblatt, daß den Genossen die Möglichkeit gab, ohne den Leistungsanspruch einer "Neuen Kritik" materialistische Analysen der eigenen spezifischen Situation, wenn auch sehr vorläufig, Informationen, Disukussionspapiere, praktische Agitationsbeispiele (Flugblätter etc.) aus der Gruppenarbeit und Anzeigen sowie Ankündigungen weiterzugeben.

Neben der Verallgemeinerung von Informationen und Agitationsbeispielen bot der INFO die Möglichkeit, daß die Genossen innerhalb des Verbandes zum ersten Mal ihre Praxis öffentlich reflektierten und auf Verbandsebene kommunizierten. Gerade für die kleineren Gruppen war damit eine Veränderung des weitgehend unbefragten Verhältnisses zur eigenen politischen Praxis und damit tendenziell eine Aufhebung des blind pragmatischen Partikularismus möglich.

In der Schaffung von Voraussetzungen für die Disukussion zwischen den verschiedenen Gruppen und ihren Arbeitsbereichen (darüberhinaus auch für eine Auseinandersetzung unterschiedlicher politischer Fraktionierungen) erhält der INFO seinen Stellenwert als ein organisierendes Moment einer sozialistischen Praxis.

Die Mobilisierung nach dem 2. Juni bis hin zur Verabschiedung der NS-Gesetze hatte eine Ausdehnung der Arbeitsbereiche des SDS zur Folge. Wenn auch im letzten halben Jahr die eigentlichen politischen Auseinandersetzungen in den Universitäten und Hochschulen geführt wurden, so sind diese Auseinandersetzungen um die Selbstorganisation in der Universität darauf ausgerichtet gewesen, die Revolte aus der Universität hinauszutragen. Es ist dabei noch nicht gelungen, beispielsweise zwischen in der Anti-Bundesweehrkampagne arbeitenden Gruppen im VK und arbeitenden Gruppen in der Universität feste Formen der Zusammenarbeit zu finden. Auch bei gleichen Themen arbeiten die Grupppen überregional kaum zusammen. Um hier Schwerpunkte festzulegen, unterschiedliche Ansätze der Arbeit einzelner Gruppen zu diskutieren, überregional Zusammenarbeit einzuleiten und Kampagnen beispielsweise in Bezug auf das Vorgehen im VK, die Arbeit mit den Befreiungsbewegungen in Afrika und Nah-Ost etc. voranzutreiben, haben die Gruppen mit dem BV Bundesemeinare durchgeführt. Diese Seminare haben sich sehr schnell als "Expertengespräche "erwiesen, ohne daß die Dis.-kussionen von "Experten" geführt wurden. Die Seminare haben deshalb meist nur gemeinsame Arbeitsansätze festlegen können und regelmäßige Kontakte zur weiteren Zusammenarbeit vereinbart. Die Zusammenarbeit, die sich hier zwischen Genossen zu bestimmten Themen und Aufgaben entwickelt hat , kann längerfristig organisatorische Kerne für die Gruppen selbst konstituieren.

Der BV selbst hat wenig zur inhaltlichen Strukturiereung dieser Seminare beitragen können, da seine Arbeit im wesentlichen Funktion der unmittelbaren Aus-

einandersetzungen an den Universitäten und in den Gruppen war. Gerade in der nächsten Zeit wird es hier für den BV erforderlich schwerpunktmäßig mitzuarbeiten., Besonders voranzutreiben wäre die Anti-Bundeswehrkampagne und in diesem Zusammenhang die genaue Bestimmung des Verhältnisses zum VK; die Afrika.-Kampagne zur Unterstützung der Befreiungsbewegungen in den portugiesischen Kolonien; die Verbesserung der Italien-Kontakte; Intensivierung der PH-Projekte; die Koordination in der Justizkampagne und die verstärkte Zusammenarbeit mit der Technologie-Gruppe.

Daß schließlich die strategische Wendung hin auf die politische Strukturierung der Ebene, auf der die politischen Kämpfe tatsächlich ausgetragen werden, -auf die Auseinadersetzung an der Basis-. und daß die Verlagerung des Schwerpunkts in der BV-Arbeit auf die organisatorische Stabilisierung der arbeitenden Gruppen eine traditionelle Aufgabe des BV - nämlich die Agitation in der Sphäre bürgerlicher Öffentlichkeit - zurücktreten ließ, war folgerichtig. Fernsehauftritte, Presseerklärungen, Artikel, etc. spielten darum auch nicht die Rolle, die sie in der ersten Phase der Studentenrevolte hatten. Sie haben allenfalls die Funktion, den Gegner zu verunsichern und mit Hilfe der bürgerlichen Medien möglicherweise diejenigen zu erreichen, die zwar latent politisiert sind, isoliert von den Auseinandersetzungen, aber Ansätze für eine eigene politische Praxis noch nicht entwickelt haben.

Ähnliches gilt für Kontakte mit anderen politischen Organisationen. Koalitionspolitik innnerhalb der Linken bestimmt sich weniger durch Absprachen und Übereinkünfte der tendenziell sich von der Basis verselbständigenden Apparate, sondern erweist sich eher als ein Arbeitszusammenhang, der die Kriterien für die Zusammenarbeit aus der Einschätzung der praktischen Auseinanddrsetzungen, in denen die Genossen stehen, gewinnt.

Um die oben beschriebenen Funktionen des BV zu erfüllen, bedarf es freilich eines Kollektivs, das nicht mehr oder weniger zufällig wie auf der Hannoveraner DK zusammengestellt wird, sondern das von den politischen und persönlichen Voraussetzungen der Genossen her eine arbeits-u. diskussionsfähige Gruppe darstellt, in der die Kooperation nicht ständig durch aus dem Gerücht sich entwickelnde Vorurteilsmuster und durch vorpolitische und abstrakt machtpolitische Gesichtspunkte in Frage gestellt ist, die kleinbürgerliche subjektive und lokalpolitische Strukturen unreflektiert reproduzieren.

Venceremos

Behnken-Knapp-Wolff

ZWISCHEN ZUNGENREDEREI UND KRAFTPROTZEN

Zur Kritik des Heidelberger Organisationsformalismus

Die Avantgarde der "sozialistischen Bewegung in Heidelberg" (INFO 9, S. 6) hat erfreulicherweise ihre Politik, die sie "im Verband... durchzusetzen versucht" (INFO 7/8, S. 5d), in drei Artikeln (Jürgen Sendler, Zum NK-Seminar, INFO 7/8, S. 5. a-d; Fritz Kramer, Die antiautoritäre Phase unserer Bewegung liquidieren, INFO 9, S. 3-10; u. Joscha Schmierer, VDS Handwerkelei des SDS, INFO 9, S. 10-11)

und in einigen Anmerkungen der Genossen Becker und Mangold dem Verband kund getan. Die sich leninistisch gerierende Kritik am "antiautoritären Sumpf" (Info 7/8, S. 5d) ist selber so ausgetrocknet, daß sie die Fehler der "Antiautoritären" nicht namhaft machen kann.

Zwei Beispiele:

1. Sendler spricht auf Seite 5a von den "bisherigen politischen Fehlern" von "Knapp, Behnken und Grunenberg", aus denen diese nichts gelernt haben - welche Fehler fragt man da? Das steht nicht auf Seite 5 a-d.
2. Schmierer schreibt (9, S. 10): "Hatten etliche Gruppen (Frankfurt, München, Tübingen etc.) schon immer die AStA-Problematik durch revolutionäres Gerede verdrängt ...". Auf den Beleg dieser Unterstellung wartet man vergeblich. Exemplarisch, wie "leninistische Entlarvungspolitik" von Heidelbergern angewandt wird, zeigt die Denunziation angeblicher "privater Bedürfnisse", die die Frankfurter zur "unverbindlichen Übernahme der nk für 2 Monate" bewegt haben sollen. Diese Bedürfnisse zu entlarven, sie überhaupt zu bezeichnen, versäumt Sendler. Oder ist eine Strategiediskussion, die auf die Erfahrungen der eigenen Praxis reflektiert ist, ein bloß "privates Bedürfnis"? Die Zeitdauer von 2 Monaten für die Übernahme der Redaktion war durch den Termin der AK gesetzt, sie war keine Determinante der inhaltlichen Diskussion auf dem Seminar. Sendlers Behauptung, daß die Analyse internationaler Probleme zugunsten einer Diskussion der Hochschulpraxis eskamotiert werden solle, leugnet, daß eine Diskussion, die die Vermittlung zwischen nationaler und internationaler Lage nicht vortäuschen will, zunächst den Provinzialismus auf nationaler Ebene anzugreifen haben wird. Dieser Provinzialismus, ausgedrückt in der Hypostasierung der eigenen Gruppe, trifft nahezu alle SDS-Gruppen, aber keine dünkt sich darüber so erhaben und reproduziert ihn so blind wie die Heidelberger. Die richtige Position kommt immer aus Heidelberg.

Beispiele:

a. Sendler: "Die Genossen Becker und Schmierer stellten fest, ..." (7/8, S. 5c). (ich ergänze: aus Heidelberg). Niemand außer ihnen kritisiert auf S. 5a-d den "antiautoritären Sumpf"!
b. Kramer: "Hier liegt ein wesentlicher Teil für die Konsistenz und Effektivität der sozialistischen Bewegung in Heidelberg. Wir haben, wenigstens ansatzweise, Theorie im SDS vermasst und sind eben dadurch von desorganisierenden Tendenzen frei geblieben. Andererseits bedeutet das Fehlen psychoanalytischer Diskussionen in unserer Gruppe nicht mehr (??), als daß wir diese Probleme verdrängt haben." (9, S. 6)
c. Schmierer "im Auftrag der MV des SDS Heidelberg vom 10. 3. 69" beruft sich wie Sendler außer auf Mao sonst nur auf die objektivierte Wahrheit aus Heidelberg zur Kritik an der "Handwerklerei": ...(vgl. dagegen, Sendler, SDS Info 7/8)...(siehe den Artikel des Genossen Kramer (9, S. 11). Seit wann haben es "Ich-starke", "aktive, anti-analerotische" Revolutionäre nötig, sich mit argumentativem Nepotismus hochzujubeln?

Sendler wirft den "Antiqutoritären" vor; Privatismus, apologetisches Verhalten gegenüber der eigenen Praxis, kollektivistische Ideologie - daraus resultieren ein Ausweichen vor Kritik, Verbindlichkeit, Organisation.

Die Unfähigkeit, Vorwürfe inhaltlich vor- und auszutragen, wie wir oben angedeutet, haben,

reproduziert sich durch die Formalisierung von Verhaltensweisen. Eklatant sind die Aufstellungen von "Strukturisomorphien" bei Fraktionsbildungen (vgl. Kramer S. 3). Da vulgärökonomisch über die Notwendigkeit der Fraktionsbildungen wenig auszusagen ist, geht Kramer zu einer Typologie der "Persönlichkeitsstrukturen" als Basis der verschiedenen Fraktionen über. Das Zusammenziehen der revolutionären Geschichte auf die Situation im SDS in einer Verhaltenstypologie rächt sich daran, daß die Begriffe ihren Inhalt verlieren: "Somit entsteht bei dieser Gruppe (der radikal-antiautoritären) die klassische Verbindung "Demokratismus" und "Ökonomismus" den Grundkomponenten des "Menschewismus"". Der "Ökonomismus" von Ideologen vorgeblich unmittelbarer Bedürfnisse - wenn man das so nennen will - ist doch wohl etwas unterschieden von dem Ökonomismus trade-unionistisch orientierter Menschewiki. Auch die historischen Differenzen zwischen demokratischer Ideologie innerhalb der Russischen Revolution und der westdeutschen radikalen Studentenbewegung sind wohl kaum zu leugnen. Eskamotiert man historische Differenzen so wie Kramer, dann ist die Basis für Kritikunfähigkeit an schweren Fehlentwicklungen innerhalb der Studentenbewegung gegeben - dann können die "Ich-Starken" Individuen nur noch ihren "leninistischen" Standort (7/8, S 5a) vortragen.

Der unhistorische Charakter bei der Behandlung der Probleme findet sich in den allgemeinen Sätzen, die Kramer am Beginn seines Aufsatzes schreibt: "Die Organisation ist die Form der Vermittlung von Theorie und Praxis. Sie macht die Dialektik von Theorie und Praxis erst konkret; deshalb ist sie auch der empfindlichste Anzeiger divergierender Fraktionen (Lukaks). Diese Fraktionskämpfe ziehen sich durch die gesamte sozialistische Bewegung. Sie zeigen sich am Organisationsproblem am klarsten, erfassen damit aber auch schon Theorie und Praxis". Aus diesem Zurechtstutzen auf allgemeine Kategorien, ohne auf die spezifischen Differenzen in spezifischen geschichtlichen Konstellationen einzugehen, folgt logisch der Rekurs auf "Sturkturisomorphien". Die folgende "Eingrenzung der subjektiven Faktoren" der Fraktionsbildungen kann nur ahistorisch sein, da die spezifische historische Konstellation, in der sich die politische Subjektivität entfaltet, nicht analysiert ist. Die Vermengung psychoanalytischer Kategorien mit denen der politischen Ökonomie schlägt um in einen Vulgärmaterialismus, der über Vermittlungen erhaben ist. "Die Herausbildung der relativ freien Züge der ambivalenten Persönlichkeitsstrukturen wurde zudem begünstigt durch die lange Akkumulationsphase des westdeutschen Kapitals, die bis 1956 durchaus konkurrenzkapitalistischen Strukturen vergleichbar war, d. h. zugleich wenig manipulative Züge trug." (9. S, 4). Abgesehen davon, daß eine Gesellschaft der großen Monopole und Verbände nach der Liquidation des Liberalismus durch den Faschismus kaum noch konkurrenzkapitalistisch organisiert sein kann und wir nicht sehen, in wiefern eine ideologisch nur durch primitivsten Antikommunismus zusammengehaltene Gesellschaft "wenig manipulative Züge" trägt, verdeutlicht das folgende Zitat aus der "Zusammenfassung" die Unvermitteltheit einer ökonomischen Tatsachenbehauptung mit der realen politischen Bewegung: die "ökonomische Krise von 1967 leitete die zweite anitautoritäre Phase ein." Daraus prophezeit man: "Dann ... kann die zu erwartende politisch-ökonomische Krise von 1970 die vierte Phase einleiten, die eine revolutionäre sein muß, deren organisatorischer Ausdruck eine revolutionäre Partei sein wird." (9, S. 10)

In reiner Form ist in diesem Satz das Schwanken zwischen apodiktischen Feststellungen und blanken Postulaten ausgedrückt. "Das Prinzip der leninistischen

Kaderorganisation ist nach wie vor vorbildlich" (9, S. 8). Dann folgt die Anwendung auf sie "spezifischen historischen Bedingungen", in denen dem Prinzip, da es anscheinend ein allgemeines, suprahistorisches ist, seine Vorbildlichkeit a priori zugewiesen ist. Die ganz "spezifischen historischen Bedingungen" (9, 8) in Heidelberg verlangen an der Hochschule den AStA als ZK und ZO. Hat sich jemals die Spitze einer Kaderorganisation in Parlamentswahlen konstituiert? Oder: wenn die Basisorganisationen des AStA-ZK nicht die amorphe Studentenmasse sein kann, die allerdings das "ZK" in Position bringt, sind dann die Universitätsbasisgruppen in Heidelberg Kader der sonst so hypostasierten Einheit der SDS-Gruppe Heidelberg, oder sind in ihnen, was wohl in dem Begriff von Basisgruppe liegt - auch nicht-SDS-Genossen organisiert, die erst durch propagandistisch-agitatorischen Aufwand an der Reduktion auf bloße Fachspezifität gehindert werden müssen? Wozu sonst SDS-Gruppe Heidelberg? Oder ist zum Zentrum des SDS doch das "ZK" der Betriebsprojektgruppe (BPG) geworden? Vermittlung von universitärer und außeruniversitärer Arbeit ist auf S. 8-9 jedenfalls nicht einmal angedeutet. Sind das die Kaderorganisationen, die sich auf die erwartete "Krise von 1970" vorbereiten?

Durch die bloß formale Behandlung der Organisationsfrage durch die Heidelberger ist man gezwungen, ein Tätselraten nach den Funktionen und Inhalten der Organisation zu veranstalten. Die Inhalte der BPG werden überhaupt nicht angegeben, bei den Institutsgruppen spricht Kramer von 4 Aufgaben: "1. Politisierung ..., 2. Organisierung der Politisierung, 3. Herstellung der Kontinuität der Arbeit und organisierung der sozialistischen Wissenschaft ..., indem sie 4. Wissenschaft als sozialistische Praxis entfalten." (9, S. 9).

Tautologischer und inhaltsleerer kann man kaum Politik machen.

Diese Vorstellungen korrelieren mit dem Versuch des Exports des Heidelgrader Modells in andere Gruppen, wo sich dann Genossen hinstellen, den antiautoritären Sumpf kritisieren und schließlich die Wahl eines Kassiers und eines Vorstandes vorschlagen. Wer die organisationsbedürftigen Inhalte in einer derart grotesken Weise verdrängt, kann bestenfalls einen leninistischen Kegelclub organisieren. Die Phraseologie eines solchen Leninismus entlarvt sich in solchen Sätzen wie: "Die Frage der Berufsrevolutionäre wird das System für uns lösen, indem es uns fortschreitend Berufsaussichten vermauert." (9, S. 9) Wir fragen, wer dann noch "Wissenschaft als sozialistische Praxis" entfaltet - oder bezieht sich der zweite Teil des Satzes schon auf "1970"? So etwas schlägt um in den Schrei nach Verbindlichkeit in einer Organisation, die vorher als hoffnungslos Unverbindliche analysiert worden ist. Vollkommen idealistisch ist die Vorstellung des Genossen Schmierer, wie Verbindlichkeit zu konstituieren sei: "Durch Kritik und Selbstkritik ist eine Organisatgion zu schaffen, die ihre eigenen revisionistischen Eierschalen ablegt." (9, S. 10). Abgesehen davon, daß eine schon bestehende Organisation nur nach einem solchen Prinzip organisiert werden kann, setzt die Verbindlichkeit von Kritik und Selbstkritik wohl andere Bedingungen voraus als den subjektiven Willen Heidelberger Genossen. Das Verkommen der Begriffe wie "Sieg" und "Niederlage", das Herunterkommen politischer Analyse auf postulatives Räsonnement, das mit Mao-Zitaten aufgemotzt wird, kann kaum eine neue Verbindlichkeit schaffen. Zur Illustration Genosse Sendler: "Zweifelsohne wäre ein solcher Antrag wirkungsvoller gewesen, hätte es genossen gegeben, die Verbandsaufgaben verbindlich zu übernehmen bereit gewesen wären. Ohne eigenen personellen Vorschlag (der Heidelberger) blieb der Abstimmungssieg (über die substantielle Resolution, die Verbindlichkeit dekretiert) eine Niederlage, da Opportunisten nicht durch einen Antrag zu Sozialisten gemacht werden können

gemacht werden können" (7/8, S. 5d). Dem letzten Halbsatz ist zuzustimmen. so etwas läßt sich nicht mehr "personell" erklären; allerdings, Genosse Schmierer , wird man hier von einem "heillosen Schwanken zwischen Zungenrederei und Kraftprotzen" reden müssen. Wir glauben, diese Art neuleninistischer Propagandaphrasen wird sich selbst liquidieren - da bedarf es kaum großen Aufrufs und schöner Vier-Phasen-Theorien.

Detlef Clausen - Burkhard Bluem

KIEL KOMMENTAR DES ASTA KIEL ZUM VDS

Genossen,
die Vorbereitungen des AStA für die vds-MV in Köln wurden nicht von vds-Spezialisten oder Altfunktionären getragen, wir das unserer Einschätzung nach an den größeren und mittleren Universitäten geschehen ist. Das liegt einmal daran, daß sich in Kiel die fast ausschließlich revisionistische Clique der Altfunktionäre - die über gewisse vds-Erfahrungen verfügten - in völlig systemimmanent-reformistischer Politik innerhalb der Hochschule zerschlissen hatte, zum anderen aber auch an der politisch periphären Lage Kiels und der damit verbundenen politischen Distanz zum Apparat vds.

Die Perspektive, unter der die jungen unvorbelasteten Genossen, die MV betrachteten, war daher nicht getrübt durch subjektive Erfahrungen mit dem vds. Außerdem gab es niemanden, der seine eigene AStA-Tätigkeit und die damit verbundene regionale Struktur retten wollte durch eine politische Abwiegelei auf der MV mit dem Ziel, die bürokratische Struktur des Verbandes und damit auch seinen regionalen Unterbau zu zementieren. Vielmehr war die Kieler Delegation sich einig, daß die auch von uns beim vds registrierten Tendenzen oligarchischer Verselbständigung und Korrumpierung des linken Bewußtseins in Folge einer quasi bürgerlichen politischen Tätigkeit auf der Grundlage weitgehender Verselbständigung durch eine neue Struktur durchbrochen werden mußten. Denn die Aktivität des Verbandes erschöpfte sich in einer pressure-group-ähnlichen politischen Praxis, wobei der Verbalradikalismus, der dem Verband die linke Attitüde verschaffte, durch die politische Praxis mehr als entschärft wurde.

Hinzu kommt, daß die revolutionäre Politik an der Uni Kiel bisher in keiner Weise von der Existenz des vds abhängt, sondern ausschließlich der Arbeit der Kieler Genossen zugeschrieben werden muß. Insofern gab es für uns keinen Grund, den vds in der alten Form zu erhalten, bzw. die politischen Forderungen der großen Universitäten an den Verband durch den Hinweis auf die Ungleichzeitigkeit oder die eigene noch zurückgebliebene Stufe zu blockieren. Es muß einmal darauf hingewiesen werden,

daß es ein totaler Irrtum ist anzunehmen, die viel zitierte Ungleichzeitigkeit könne durch die Aktivität eines wie auch immer organisierten vds überwunden werden. Die Überwindung hängt u. a. vor allem davon ab, inwieweit die Genossen an den kleineren Unis bereit sind, ihre politische Arbeit so zu intensivieren, daß sie

a) die traditionellen Instrumente studentischer Politik in die Hand bekommen, um dann
b) die agitatorische Arbeit mit den dann vorhandenen materiellen Möglichkeiten zu intensivieren.

Wer allerdings der integrierenden Kraft irgendwelcher akademischen Gremien oder gar seinem Funktionärsdasein erliegt, dem fällt es natürlich schwer, durch radikale Agitation Konflikte zu aktualisieren, die die eigene Funktionärsexistenz bedrohen könnten; dem fällt es aber um so leichter, die eigene reformistische Praxis durch das Hervorzerren aller Argumente von der Ungleichzeitigkeit über die noch relevante Funktion der Fachschaften bis hin zum Putschismus-Vorwurf zu kaschieren. Letzlich verbirgt sich dahinter ein geradezu stupider kleinbürgerlicher Geist: augenscheinlich hört bei diesen Genossen, die so gern jammernd auf ihre reaktionären Unis verweisen, die revolutionäre Bewegung jenseits der eigenen campus-Grenzen auf, als habe sich alles, war organisatorisch überregional diskutiert wird, nach diesen langsamen Schiffen zu richten. Die Kieler Delegation auf der MV hat sich von Anfang an darum bemüht, die eigenen Schwierigkeiten, die sie in Kiel erwarten mußten, wenn der Berliner Vorschlag angenommen werden sollte, mit den Vorteilen zu konfrontieren, die das Berlinder Strukturmodell den großen Unis und damit letztlich der ganzen Bewegung bringen könnte. Wir sind dabei zu dem Schluß gekommen, daß es unsinnig wäre, unsere regionale Situation als Argument gegen den Druck der großen Unis und damit gegen eine Strukturveränderung in die Debatte zu werfen.
Wir werden auch in Zukunft unsere überregionale Politik immer unter dem Aspekt der Gesamtentwicklung der studentischen Bewegung betreiben, denn nicht zuletzt ist der revolutionäre Prozeß an den großen Hochschulen bisher der stärkste Katalysator für unsere eigene Arbeit gewesen. Wir haben sofort nach der MV in Köln die politische Arbeit mit unseren Fachschaften und Basisgruppen verstärkt, um zunächst im Kreis der bereits der politisierten oder teilpolitisierten Studenten die Widerstände gegen eine Struktur abzubauen, in der die Fachschaften eigentliche nichts mehr zu suchen haben sollten (wobei wir die Stahl-Modifikation mit der Möglichkeit überregionaler ad-hoc-Fachschaftskonferenzen noch für sinnvoll halten).

Gleichzeitig wird jetzt versucht, die noch an der Fachschaftsarbeit fixierten Studenten von der Sinnlosigkeit ihres bisherigen Tuns zu überzeugen, und ihnen klar zu machen, daß eine sozialistische Hochschulpolitik im Rahmen ihrer bisherigen Fachschaftskonzeption nicht realisierbar ist. Dabeihat sich gezeigt, daß das aus den Befürnissen der Basis entwickelte Berliner Papier (auch in seiner unverfälschten Form!) von den Studenten begrüßt wurde, die bereits in Basisgruppen arbeiten oder als linke Fachschaftsfunktionäre in noch embryonalen Basisgruppen aktiv sind. Auf der wöchent-

lichen Versammlungen der Fachschafts- und Basisgruppenvertreter (ca. 30 Studenten) stimmten nur 5 Studenten gegen die Politik des AStA auf der MV, was bedeutet, daß die Einsicht auch in Notwendigkeit einer Neustrukturierung der regionalen Studentenschaft weitgehend vorhanden ist.

Es ist dehalb nicht übertrieben, wenn wir sagen, daß die intendierte neue vds-Struktur zwar für uns einen großen Sprung nach vorn bedeutet, daß sie aber unserer Arbeit neue Impulse geben wird und langfristig die Überwindung der teilweise noch reformistischen Positionen bei den politisch arbeitenden Studenten bringen wird.

Der Artikel des Genossen Schmierer im den SDS-Info Nr. 9 ist bei uns sehr kritisch aufgenommen worden. Ich hatte den Eindruck, daß Schmierer dort eine Kritik formulierte, in der vor allem die fehlende Analyse durch verbale Kraftakte kompensiert werden sollte. Schmierer, von dem in Köln nichts dergleichen zu hören war, tut jetzt so, als habe er die ganze Scheiße bereits vorher erahnt. Wenn Schmierer meint, der SDS schwanke hin und her zwischen Putschismus und Opportunismus, so mag er das als SDS-Mitglied beurteilen können. Wenn er aber glaubt, dies auf Grund der Politik des SDS-BV in Köln behaupten zu müssen, so irrt er: die Zugeständnisse des SDS-BV in Köln waren nicht Zeichen eines latent immer schon vorhandenen Opportunismus, sondern waren rein taktische Operationen im Hinblick auf die halblinken Studentenfunktionäre, die das Gros der MV bildeten. Über den Sinn oder die Berechtigung einer solchen Taktik sollte man sich im Nachhinein durchaus unterhalten. Das aber leistet Schmierer mit diesem Artikel diesmal nicht.

Vor allen Dingen vermissen wir eine alternative taktische Konzeption in seinem Bericht, die es verhindert hätte, daß die Genossen vom SDS-BV in Köln zuletzt mit "schwammigen Papieren" hantieren mußten. Der Artikel scheint mehr ein Versuch zu sein, die in Köln erlittene Frustration nun irgendwie zu verdrängen, und zwar durch einen Bericht, der vortäuscht, als habe der Schreiber die Ereignisse bereits analytisch im Griff.

Mit sozialsitischem Gruß
Dietmar Schlinke
1. AStA-Vorsitzender

i.A. Kieler MV-Delegation

TU Berlin : KOMMENTAR ZUR 21. o. MV DES VDS IN KÖLN

Der Verband Deutscher Studentenschaften hatte als nationaler Studentenverband die Funktion der Vertretung studentischer Interessen gegenüber Parteien und Ministerialbürokratie (Lobby-Politik) und der Koordinierung studentischer Interessen an verschiedenen Orten. Dieser Verband, zur Integration der Studenten in das Herrschaftsgefüge der BRD geschaffen und dafür von den Ministerien reichlich subventioniert, ist insbesondere

im letzten Jahr rechts neben der Studentenbewegung liegengeblieben. Als zum Beispiel in Heidelberg während der Universitätsstreiks der AStA im Gefängnis saß, war es der Bundesvorstand des SDS und nicht der vds, der die Heidelberger Genossen aktiv unterstützte. Von einem ordentlichen Haushalt von fast einer Mill. DM floß fast alles in die Innenfinanzierung des Verbandes, d.h. in die Bezahlung der eigenen Bürokratie und eines politisch irrelevanten Funktionärsstabes.

Für die Projekte, die die Studentenbewegung im letzten Jahr vorwärtsgetrieben haben, war kein Geld vorhanden.

Ziel der sozialistischen AStAs auf der o. MV war es, die bisher funktionslose Hülse vds für die linke Studentenbewegung funktionabel zu machen. Der vds soll Initiativen der Studentenbewegung aufnehmen, indem er Projekte organisiert, die geeignet sind, den Kampf der Studenten zu intensivieren und die Basis zu stärken.

Die Projekte zielen auf:
- studentische Selbstorgnisation am Arbeitsplatz
- Vorbereitung einer sozialsitischen Praxis im Beruf
- Verstärkung des Widerstands gegen die Verwertung von Wissenschaft im Interesse des kapitalistischen Systems
- Unterstützung des Kampfes gegen Klassenjustiz, Polizeiterror, Hausordnungsrecht und Relegation.

Die Bereiche, in denen die projektgebundene politische Arbeit koordiniert wird, sind u.a.: Technologie, Psychotherapie und Kindergärten, Justizkampagne, Lehrerbildung, technokratische Hochschulreform, Ausländer- und internationale Fragen.

Die Aufgaben des Vorstands des vds liegen in der Analyse und Antwort auf zentrale Initiativen der Herrschenden, etwa auf dem Hausordnungsrecht, Ausländerrecht und Sozialbereich, sowie in der Öffentlichkeitsarbeit der Unterstützung der Projektgruppen und der Koordination und Teilnahme an den Aktivitäten in den verschiedenen Universitäten.

Kontroll- und Richtlinienkompetenz hat ein Zentralrat von 20 Vertretern der Studentenschaften und höchstens 10 Vertretern der Projektbereiche.

Im Luaf der MV zeigten sich im wesentlichen drei Lager, in die die Versammlung sich gliederte:
- die reaktionäre Gruppe um die AStAs von Köln und Bonn, personell wesentlich von uralt Verbandsfunktionären getragen. Sie ist politisch irrelevant und wird nur von der bürgerlichen Presse hochgejubelt.

- eine Gruppierung ungefähr sozialdemokratischen Bewußtseins um die AStAs von München, Freiburg, Gießen, Hannover, Würzburg, Teile der FU Berlin delegation und die Verbandsfunktionäre des letzten Jahres (z.B. den stv. Vorsitzenden V. Gerhardt.)

- die sozialistischen AStAs um die Delegationen von Heidelberg, Hamburg, Kiel, Berlin etc. und den SDS-BV.

Die Kontroversen deckten tiefgreifende Unterschiede in der Strategie auf. Die Sozialisten gingen von der Analyse der konkreten Situation der Studentenbewegung aus, d.h. von der existentiellen Bedrohung durch Hausordnung, Stipendienentzug, angedrohte Auflösung des AStA und Polizeiterror, von dem Disziplinierungsdruck durch technokratische Hochschulreform und wollten den vds für die Studentenbewegung instrumentalisieren und zwar dadurch, daß er Projektgruppen, die in relevanten Bereichen die Politik vorwärtstreiben, Unterstützung gewährt, d.h. der vds soll in der Studentenrevolte Partei nehmen.

Die "Sozialdemokraten" sahen die Krise des alten Verbandes im wesentlichen als ein abstraktes organisationstheoretisches Problem. Für sie hatte die Rätestruktur "an sich" schon eine emanzipatorische Funktion für den Verband. Ihre Diskussion über ein optimales Modell war idealtypisch und wich der Analyse der konkreten Bedrohung aus. Sie betonten besonders die Schutzfunktionen, die der Verband für die bedrohte Studentenbewegung haben könnte. Sie hatten die Angst, der Verband würde zerschlagen werden, wenn er zu politisch würde. Ihre Gegenstrategie war konsequenterweise, den Verband nicht allzu politisch werden zu lassen.

Sie verkannten dabei aber, daß ein zentraler Verband nur solange Schutzfunktion hat, wie er Teil einer politisch offensiven Bewegung ist.
Da wurde z.B. ausgeführt, daß alle Revolutionierung von den Inhalten der Ausbildung ausgehen müsse, daß die Revolutionierung der Universität über die Änderung der Wissenschaftsinhalte durchgeführt werden müsse. D.h. der revolutionäre Prozeß beschränkt sich darauf, der bürgerlichen Wissenschaft mit gleicher Konzeption eine kritische bürgerliche Wissenschaft entgegenzustellen und die Assistenten- und Professorenstellen zu besetzen. (Stefan Becker).

Hinter den unterschiedlichen Positionen verbargen sich handfeste Interessen. Die "sozialdemokratischen" AStAs fürchteten, ihre Position durch Abwahl zu verlieren, wenn sie ein offensives Programm formulierten. Dagegen betonten die sozialistischen AStAs (z.B. Kiel), daß gerade der Prozeß des radikalen Vorpreschens, der Abwahl, der Aktion und Agitation, der Wiedereroberung der AStA-Position die Politisierung vorwärtsgetrieben hätte.

"Nicht durch Mehrheit zur revolutionären Praxis, sondern durch revolutionäre Taktik zur Mehrheit" (Rosa Luxemburg).
Die defätistische Fraktion verkannte, daß gerade die neue projektorientierte Struktur des vds auch nach dem Sturz eines linken AStA den progressiven Gruppen eine Weiterarbeit mit Unterstützung des vds ermöglicht.

Den Linken wird vorgeworfen sie hätten zu provokant agiert und puristisch auf Formulierungen geritten. Doch gerade dieses Vorgehen hat die konzeptionellen Unterschiede klargelegt.

Die bürgerliche Presse wirft der Linken vor, daß sie den Verband nicht bei der klassischen studentischen Interessenvertretung belassen hat und ihn damit polarisierte. Wenn es aber richtig ist, daß die Bedrohung der emanzipatorischen Studentenbewegung nicht aus dem Wissenschaftsbetrieb und seinen Institutionen entstand, sondern ihre Ursachen im kapitalistischen Herrschafts- und Verwertungszusammenhang findet, dann kann die Gegenstrategie unmöglcih auf die Hochschulstrategie beschränkt bleiben.

Die o. MV wurde durch die Linken schlecht vorbereitet. Es war falsch nicht von vornherein auf der politischen Diskussion zu bestehen, sondern sich zuerst auf eine formale Diskussion über Strukturmodelle einzulassen und dabei weitgehende Zugeständnisse zu machen.

Die Misere der Versammlung spiegelt die überregionale Misere des SDS wider. Von dort, wo der SDS zerfallen ist, kamen auch die sozialdemokratischen und rechten AStA. Das Problem der personellen Besetzung wurde vom SDSnicht befriedigend gelöst.

Wenn es gelingt, aus diesen Fehlern die Konsequenzen zu ziehen, müßte es möglich sein, den vds von einem politis chen Fossil zu einem Mittel der Studentenbewegung zu machen.

15. 3. 1969 TU-Berlin-Delegation

ARBEITSGRUPPE TECHNOLOGIE ZUR ARBEITSKONFERENZ :

Technologie - Studentische Politik an der Hochschule als Vorbereitung für den Kampf in der Produktionssphäre

Die Technologie-Diskussion im SDS begann - initiiert von Genossen der Technischen Hochschulen - auf der DK in Frankfurt. Für diedamals projektierte Zusammenarbeit haben sich in der Zwischenzeit einige Ansätze ergeben. Die Darmstädter Basisgruppe "Kritische Technik" hat die Auseinandersetzung mit dem positivistischen Selbstverständnis technischer Wissenschaft an den Hochschulen begonnen. Die Berliner Technologie-Gruppe hat eine Rundreise unternommen, um durch berufsbildbezogene Agitation an den technischen Lehranstalten Ansätze einer Mobilisierung und Koordination zu schaffen. Die "Technologie-Korrespondenz" und das Berliner Seminar (Feb. 69) festigten die Tendenz zur Bildung einer gemeinsamen Strategie der Technologie-Gruppen. Erste institutionelle Erfolge zeigen sich in der Stärkung der SDS-Gruppen in Aachen und Darmstadt, die die AStA übernehmen konnten.

Bei dem Versuch, Berufsperspektiven zu gewinnen, sind bei Soziologen etc. Anfänge einer Technologie-Diskussion zu finden. Die nachfolgenden Arbeitsans ätze und Thesen sind in Berlin in der Diskussion um die Auseinandersetzungen im WS an der FU und mit Basisgruppen und Ingenieuren entstanden. Wir sehen und außerstande, vor dem Seminar Papiere zu verschicken, insbesondere zur Darmstädter Positivismuskritik und zum Thema Mißbrauch von Wissenschaft. Deshalb schlagen wir vor, daß zum Seminar papers von

Gruppen vorliegen, die dann in Kleingruppen gelesen und diskutiert werden.

Das Studium für eine revolutionäre Mobilisierung funktionalisieren!
Kampf gegen technokratische Hochschulreform!

So gut wie alle TU- + TH-Gruppen haben ihre ersten Erfolge im radikaldemokratischen Kampf für didaktische Reformen, Öffentlichkeit, Drittelparität etc. errungen. Wichtigstes Ergebnis dieser Phase ist eine zu antiautoritärem Verhalten fähige, meist in ad-hoc-Gruppen organisierte Basis. Wenn die Hochschulstrategie im radikaldemokratischen, institutionellen Bereich verbleibt, führt sie zur Integration der mobilisierten Studenten, denn in dem Augenblick, wo die Widersprüche im Apparat (reaktionäre Profs - Technokraten) überbrückt werden und dadurch der Apparat zu einer flexiblen technokratischen Reformstrategie fähig wird, werden die reformistisch mobilisierten Studenten sich mit den erreichten Reformen identifizieren und einer sozialistischen Konfliktstrategie entgegenarbeiten. Der Wert einer Hochschulstrategie mißt sich daran, ob sie eine breite und qualifizierte Basis dem Kampf in der Produktionssphäre zuführen kann.

INDUSTRIEPRAKTIKUM

Zur Vorbereitung der auf dem Berliner T-Seminar beschlossenen Praktikumskampagne ist es notwendig, daß zusammen mit den Projektgruppen "Betriebsarbeit" die Seminarprogramme über Betriebsstruktur, Arbeiterbewußtsein und Agitation sowie auch die Rolle der technischen Intelligenz im Produktionsprozeß festgelegt und koordiniert werden. Es ist Ziel der Kampagne, einerseits durch Organisation und Vorbereitung der Industriepraktika die Arbeit der Betriebsbasisgruppen zu unterstützen bzw. Betriebsgruppen zu initiieren, andererseits die Grenzen der universitären Reformpolitik zu durchbrechen, indem sich eine praktische Solidarität zwischen Betriebsgruppen und universitären ad-hoc-Gruppen herstellt. Die in der Universität erkämpften Freiräume verlieren dadurch ihren Charakter kritisch-wissenschaftlicher Spielwiese, sie werden vielmehr von den ad-hoc-Gruppen dazu genutzt, subsidiäre Aufgaben für die Agitation und den Kampf der außeruniversitären Gruppen zu leisten.

DIE ZUSAMMENARBEIT VON TECHNISCHEN HOCHSCHULEN UND INGENIEURSCHULEN

1. Aus der Analyse der Hierarchie in den Betrieben, als notwendig für die Disziplinierung der Arbeiter und technischen Angestellten, ergibt sich die Kritik an der Trennung in Ingenieure und Dipl.-Ingenieure auch schon in der Ausbildung. Die Zusammenarbeit von THs und Ingenieurschulen muß diese Analyse berücksichtigen, wenn sie nicht die Qualität der reaktionären Forderungen nach Anerkennung im EWG-Bereich, nach Anerkennung durch die Hochschulen -das dahinterstehende Interesse ist die Abschaffung von Betriebshierarchie und entfremdeter Arbeit- verkennen wollen.

2. Der Kampf gegen technokratische Hochschulreform, die an beiden Ausbildungsstätten vorwärtsgetrieben wird ist ein gemeinsam zu führender Kampf.

3. Die Ingenieurschulen müssen in die Diskussion über eine revolutionäre Praxis im Beruf einbezogen werden, da es gerade die Ing.(grad) sind, die noch in der Produktion in den Betrieben arbeiten, bzw. besonders diszi-

pliniert in Labors und in Entwicklungsabteilungen arbeiten müssen.

PERSPEKTIVEN FÜR EINE SOZIALISTISCHE PRAXIS IM BERUF FÜR INGENIEURSTUDENTEN

In diesem Bereich werden wir im Seminar auf die enge Zusammenarbeit mit den Betriebsgruppen angewiesen sein. Unsere Ansätze stützen sich im wesentlichen auf Diskussionen mit Ingenieuren und sollen nur grobe Tendenzen aufzeigen, die in der Diskussion mit den Betriebsgruppen zu präzisieren wären.

a. Das Studium beenden

Welche revolutionäre Praxis kann man sich vorstellen, wenn man technologisch fortschrittliche Fächer studiert (Datenverarbeitung, Systemtechnik...)? Man hat die Hoffnung, in wirtschaftliche bzw. politische Kommandozentralen zu kommen, um dort wichtige Informationen über langfristige technologische und politische Trends zu erhalten, die den politisch-praktisch arbeitenden Gruppen Anhaltspunkte über die Strategie des Klassengegners geben können. Unsere Erfahrung zeigt, daß in technologisch weit fortgeschrittenen Bereichen arbeitende Sozialisten sich so weitgehend mit ihrer Arbeit identifizieren, daß sie die vom Kapitalismus zur Verfügung gestellten Arbeitsmöglcihkeiten gierig aufgreifen und jeden Kontakt zu politisch arbeitenden Gruppen verlieren, sodaß von ihnen bisher keine Informationen zu den politisch arbeitenden Gruppen gelangen.

Es müssen Ansätze und Kriterien entwickelt werden, auf welche Weise diesen Genossen die Möglichkeit einer revolutionären Praxis eröffnet werden kann.

Eine andere Möglichkeit ist, ein Studienfach zu wählen, das einem ermöglciht, mittlere Funktionen in Betrieben, die nicht technologisch auf der Höhe der Entwicklung sind, einzunehmen. Diese Betriebe sind sehr Arbeitskräfteintensiv. In ihnen werden die inneren Widersprüche der kapitalistischen Wirtschaftsordnung inder nächsten Zeit zu partiellen Krisen führen, sodaß der Grundwiderspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital den Arbeitern sichtbar gemacht werden könnte. Ingenieure hätten dort die Möglichkeit in Betriebskadergruppen zu arbeiten. Der Vorsprung der Ingenieure an Informationen über betriebliche Veränderungen (Anschaffung neuer Maschinen, die Entlassung zur Folge hat) könnte dann von den Betriebsgruppen genutzt werden. Sie könnten etwa sich langfristig vorbereiten und in dem Augenblick, in dem der Konflik ausbricht, fertige Analysen und Gegenvorschläge vorlegen. Bei der Aufstellung solcher Gegenvorschläge wäre das technische Wissen der Ingenieure und die Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit Universitätsgruppen von Bedeutung. Diese Möglichkeiten revolutionärer Berufspraxis bedingen den Abschluß des Studiums. Ihre beste Vorbereitung fände sie, indem die Genossen für die Praktika und Ferienjobs in Betriebe gingen, in denen Betriebsbasisgruppen existieren.

b. Das Studium nicht beenden

Da die Hochschulen in der nächsten Zeit noch eher der Ort sind, an dem gesellschaftliche Zusammenhänge begriffen werden können, und im Vergleich mit der Situation des Arbeiters der Student noch eher die Möglichkeit hat, gegen repressive Zwänge Widerstand zu leisten, ist die Hochschule ein geeigneter Ort, Qualifikation für den revolutionären Kampf zu gewinnen und andere Studenten zu mobilisieren. Der Studente kann als angelernter Arbeiter in einen Betrieb mit Betriebsbasisgruppen gehen. Die in der Hochschule erworbenen Qualifikationen würden den Studenten dann ermöglichen, einen Kern für die Agitation und Organisation für den Kampf im Betrieb zu bilden.

ARBEITSKONFERENZ: ARBEITSGRUPPE KINDERLÄDEN

Die Arbeit über die Kinderladenbewegung sollte sich im Interesse der Festigung der Grundlagen der Kinderladenarbeit, die nur im Zusammenhang mit der Ausdehnung der Bewegung möglich ist, folgende Ziele setzen:

1. Herstellung eines gleichen Informationsniveaus zwischen allen arbeitenden Gruppen und den an der Kinderladenarbeit Interessierten.
2. Herausarbeitung von offenen Problemen der Kinderladenarbeit, um gemeinsame Schritte zur Lösung dieser Probleme beraten zu können.
3. Festlegung einer mittelfristigen Strategie der Arbeit in den Kinderläden.

Angesichts dieser Ziele schlagen wir vor, drei Phasen der Arbeit auf der Arbeitskonferenz zu unterscheiden.

A. Zuerst sollten die anwesenden Vertreter aller Kinderladenprojekte Situationsbereichte geben, in denen folgende Fragen berührt werden sollten:

I. Zur Organisation der Kinderläden
Gruppenkonstituierung, Finanzierung, Raumfarage, Einrichtung, Personal, Tagesablauf, Auseinadndersetzung mit Behörden.

II. Zur pädagogischen Theorie und Praxis der Kinderläden
Kollektiverziehung, Sexualerziehung, politische Vorschulerziehung, Spiel, Unterricht und Arbeit im Kinderladen.

III. Kinderladenelternbildung
Arbeitskreise, Familie, Ehe udd Emanzipation, Kommune, Beruf und politische Praxis.

B. Wenn die mit den Berichten auftretenden Fragen aller Genossen erörtert worden sind, hätten wir die offenen Probleme der Kinderladenarbeit zu besprechen. Dazu gehören nach unseren Informationen:

I. Die Grenzen der psychoanalytischen Pädagogik
II. Der Kinderladen als Projekt mittelständisch-antiautoritärer Intellektueller und seine Relevanz für andere Gruppen der Gesellschaft
III. Der Zusammenhang zwischen Kinderladenexperimenten, Schülerläden und Schulkampf
IV. Die Verwissenschaftlichung unserer Erziehungstheorie- und -praxis
V. Probleme der Behandlung der Konflikte der sexuellen Revolution, der revolutionären Berufspraxis, der sozialistischen Lebensperspektive

C. Es wäre zum Schluß der Arbeit wichtig, z.B. in Form einer Resolution, Vorstellungen zur weiteren Entwicklung der Kinderladenprojekte zu konkretisieren, um die Organisationsfragen im konkreten Zusammenhang beraten und beschließen zu können.

Folgende Aspekte müßten dabei berücksichtig werden:
1. Aktionen der Kinderläden
2. Kommunikation und Publikation
3. Die Entfaltung wissenschaftlich-pädagogischer Arbeit

Es wären hier zentral die Konsequenzen des zu organisierehden Zusammenhangs von Kinderladenprojekten und radikalem sozialistischem Lager (Basisgruppen in Betrieben, Schülerbewegung, Frauenräte, Lehrersyndikate, autonome Unisektoren) zu eröftern.

Wir bitten alle Genossen aus Westberlin und der Bundesrepublik, Beiträge für die Arbeit vorzubereiten.
Statt einer abstrakten Bibliographie werden wir einen umfangreichen Büchertisch (nur gegen Kasse!) zur antiautoritären und sozialistischen Erziehung nach Frankfurt mitbringen.

Zentralrat der sozialistischen Kinderläden
Westberlin

ARBEITSKONFERENZ: ARBEITSGRUPPE JUSTIZKAMPAGNE

Um die AK zur Justizkampagne einigermaßen ergibig zu gestalten, schlagen wir vor, daß die dort vertretenen Rechtshilfe- und Justizkampagnegruppen eine Agitationsschrift erarbeiten. Das hätte zunächst den Vorteil, daß die mangelhafte Information unter den Gruppen bezüglich des Ausmaßes der Verfolgung, der Prozeßerfahrungen, der organisatorischen Probleme und bezüglich der Ansätze einer Strategie aufgehoben wird. Wir werden versuchen, zu Beginn der AK, einen detaillierten Arbeitsvorschlag vorzulegen, der in etwa die folgenden Punkte im einzelnen ausführen wird:

I Strategiediskussion, in der die Möglichkeit und der Stellenwert der Politisierung von Nicht-Demonstrantenprozessen formuliert werden sollte und auf der zu erörtern wäre, welche organisatorische Auswirkung das auf die Justizkampagne hätte; des weiteren müßte geklärt werden, welche Konsequenzen aus der Tatsache zu ziehen wären, daß Polizei und Justizapparat sich wahllos Leute rausgreifen, in Haft nehmen und verurteilen kann und wie die Genossen sich dem gegenüber besser schützen können. In diesem Zusammenhang wäre auch die Funktion von Massenveranstaltungen und Kongressen anläßlich spektakulärer Prozesse zu erörtern; wir müssen prüfen, wie wir z. B. auf den Carlo Schmid-Prozeß oder den Springer-Prozeß gegen den vorigen BV reagieren wollen.

II Es wird darüberhinaus unter nicht-technischen Aspekten allein zu diskutieren sein, wie wir die Öffentlichkeitsarbeit neu gestalten können, wie die Kommunikation unter den Gruppen zu organisieren ist und wie wir eine zentrale Dokumentation einrichten können. Weiterhin sollte erörtert werden, inwieweit es möglich ist, internationale Kontakte zu organisieren und welchen Stellenwert das für die Justizkampagne hat.

III Sollte die Berufsperspektive der Juristen exakter bestimmt werden als bisher, wo man meinte, mit dem Hinweis auf die Anwaltslaufbahn sich begnügen zu können. (Berufsperspektive und jur. Ausbildung an der Universität, Möglichkeiten der Politisierung der Referendare und der Anwälte, Probleme bei der Organisierung eines Juristensyndikats)

Wir sollten versuchen, nicht zuletzt auch die Arbeit im Strafvollzug zu konkretisieren.

REPUBLIKANISCHE HILFE

ARBEITSKONFERENZ: JUSTIZKAMPAGNE: MATERIAL

Hier der angekündigte Beitrag zur Justizkampagne. Der Sektionsrat Justiz wird auf jeden Fall an dem Frankfurter Arbeitstreffen teilnehmen. Es scheint uns wichtig, wenn zum Verständnis der neuen Ebene, auf der die politische Justiz koordiniert mit anderen staatlichen Instanzen den Kampf gegen uns aufgenommen haben, ein kurzer Beitrag im SDS-Info erscheint.
Wirlegen bei, was in der RPK zur Justizkampagne bisher erschienen ist. Die neueste Entwicklung: ein Schriftsatz des BGH, der den "dringenden Tatverdacht" gegen Langhans und Kunzelmann darauf gründet, daß a) die beiden Hauptmieter sind; b) schon immer für Gewalt eingetreten sind; c) schon die "Pudding-Bombe" gegen Humphrey hoch-explosiver Sprengstoff war, nur daß die Kommune I damals noch nicht die richtige Mischung gefunden habe.
Die Verdunkelungsgefahr besteht angeblich, weil noch nicht geklärt ist, ob die beiden den Sprengstoff selbst angefertigt haben, oder einem "Sprengstoffverteilerkreis" angehören. Dieser Schriftsatz muß bis zum 9-April beantwortet werden, dann wird über die Haftbeschwerde entschieden.

Stichpunkte zur Justizkampagne

In Westberlin haben sich alle Gruppen, die bisher relativ isoliert von-einander im Rahmen der Justizkampagne gearbeitet haben (ad-hoc-Gruppe an der Juristischen Fakultät, zentraler Ermittlungsausschuß vom AStA TU und FU, Basisgruppe Strafvollzug, ad-hoc-Gruppe der Referendare) zum Sektionsrat Justiz zusammengeschlossen. Wie sind dabei, die verschiedenen Tätigkeitsbereiche von-einander abzugrenzen, und eine Diskussion über die allgemeine Strategie der Justizkampagne vorzubereiten. Wir wollen die Aktivitäten der einzelnen Gruppen in ihrem politischen Stellenwert einschätzen und daraus eine Zusammenarbeit bei übergeordneten Projekten entwickeln.

In diesem Prozeß der Selbstorganisation der arbeitenden Justizgruppen stehen wir erst am Anfang und können daher für Frankfurt keine umfassende Konzeption für die Justizkampagne vorbereiten. Wir werden allerdings zwei Schwerpunkte unserer bisherigen Diskussion wegen ihrer zentralen Bedeutung auch über Berlin hinaus in die Debatte einbringen:

a) Die Vorbeugehaftkampagne anläßlich der Verhaftung von Langhans und Kunzelmann, die ersten Opfer einer seit Ostern 68 inszenierten Überwachung sämtlicher "anarchistischer Gruppen" in Westdeutschland durch das Innenministerium - vgl. den Beitrag des Ermittlungsausschusses. Die polizeistaatlichen Methoden während des Ausnahmezustands in Berlin zum Nixon-Besuch und der Bundesversammlung mit einer völlig gleichgeschalteten Politischen Justiz lassen sich an diesem Fall hervorragend vermitteln. Deshalb beginnt hier in der Karwoche eine Kampagne mit gezielten Aktionen und Aufklärung in den einzelnen Arbeitsbereichen linker Gruppen (von den Referendaren bis zu den Betriebsbasisgruppen).

b) Die allgemeine Strafvollzugskampagne, wie sie auf dem SDS-Bundesseminar in Tübingen geplant wurde, mit möglicherweise bundesweit koordinierten Demonstrationen am 1. Mai.

Neben der Arbeit in den Strafanstalten, über die wir hier nichts berichten wollen, bereiten wir einen Agitationsfilm für die Haftkampagnen vor. Anhand solcher konkreten politischen Kampagnen müßten wir den Stellenwert, die Funktion und die Funktionsfähigkeit einer Koordinierungszentrale für die Justizkampagne - REPUBLIKANISCHE HILFE in Frankfurt? - noch einmal diskutieren.

Zerschlagt die Klassenjustiz!

Zentraler Ermittlungsausschuß

ROTE PRESSE KORRESPONDENZ - aus Nr. 4, 15.3.69
(1 Berlin 30, Eislebenerstraße 14, monatlich DM 4,--)

POLITISCHE JUSTIZ GEGEN KOMMUNE I
Nichts neues von der Bundesanwaltschaft: Das "erdrückende Beweismaterial" beschränkt sich immer noch auf die unter mehr als mysteriösen Umständen gefundene Brandbombe. Inzwischen sind uns neue Tatsachen bekannt geworden, die den Eindruck einer politischen Hexenjagd mit den kafkaesken Methoden einer Polizeistaatsjustiz verstärken:
Es steht fest, daß die Hausdurchsuchung laut Polizeibericht und mehrerer Zeugen erst nach 19.00 Uhr begann, als die Bundesversammlung, die angeblich genötigt werden sollte, bereits aufgelöst war; das schafft nicht einmal die Kommune I mit den neuen Methoden ihrer Bewußtseinserweiterung !

In der gesamten Presse wurde systematisch die falsche Darstellung der Polizei übernommen, die Sicherstellung der Bombe hätte nachmittags stattgefunden. Stellt man die Hausdurchsuchung und den Haftbefehl in den politischen Zusammenhang, in den sie gehören, - Ausnahmezustand in Berlin mit dem Einreiseverbot für Genossen, endgültige Kasernierung der "autonomen" Universitäten, Dauereinsatz von mindestens 8000 Polizisten, mehr als ein Dutzend Hausdurchsuchungen, alle ohne gerichtliche Durchsuchungsbefehle, oder mehr oder weniger abenteuerlichen Umständen (vgl. RPK, 3, 69) - dann wird klar, daß es eine Rechtfertigung für die hysterische Realisierung eines völlig rechtsfreien Zustandes in Westberlin geben mußte. Dann wird auch klar, wir die Staatsanwaltschaft dieses Ermittlungsverfahren weitergeführt hat:

Bereits bevor sich Kunzelmann bei der Vernehmung per Protokoll zum Sachverhalt geäußert hatte, und zwar während einer kurzen Vorbesprechung, ließ Landgerichtsdirektor Klamroth die Bemerkung fallen: "Das habe ich mir bereits gedacht". Während der ganzen

Verhandlung stützten sich der Vertreter der Bundesanwaltschaft auf Material, das aber nicht benannt oder in die Verhandlung eingeführt wurde. Nach Aussagen von Klamroth wüßten sie "in 48 Stunden mehr". Das Einzige, was die "auf sehr breiter Basis geführten" Ermittlungen wohl bisher erbracht haben, ist die Erklärung eines Sprechers der Bundesanwaltschaft gegenüber der Frankfurter Rundschau: "Ganz sicherlich stimmt es nicht, daß die Polizei den Sprengstoff einschmuggelte". Die erste klare Aussage in dem ganzen Verfahren: eine Verfolgungsbehörde deckt die andere.

Oder sollte die Staatsanwaltschaft in Deutschland pathologisch an das immer noch ungesühnte Humphrey-Attentat der Kommune I von 1967 fixiert sein? Jedenfalls berichtet die Frankfurter Rundschau von den Ermittlungen: "Bei dem sogenannten Pudding-Attentat vor einigen (!) Monaten gegen den damaligen US-Vizepräsidenten Humphrey soll es sich ebenfalls um ein versuchtes Sprengstoffdelikt gehandelt haben" (FR vom 13. 3. 69).

Der Prozeß, der hier zwei alten Kämpfern gegen die politische Justiz gemacht werden soll, stellt alles in den Schatten, was wir gewohnt sind; ist er doch das Ergebnis einer bundesweit zentral gesteuerten Überwachung aller anarchistischen Gruppen, was immer die Bundesanwaltschaft darunter versteht.

Am Montag hat RA Eschen Haftbeschwerde eingelegt. Der Justiz ist also noch einmal Gelegenheit gegeben, ihre selbstgebastelte Haftbombe zu entschärfen. Sollte sich zeigen, daß so fadenscheinige Verdächtigungen für die Anarchistenjagd ausreichen, sollte sich zeigen, daß die Justiz es mit der kafkaesk inszenierten Hexenjagd ernst meint, dann werden wir ihr zeigen, wo wir die Grenzen polizeistaatlicher Willkür setzen.

Und damit später keiner sagen kann, wir hätten die Folgen selbst zu verantworten, wollen wir dafür sorgen, daß die Justiz irgendw ann einmal auf die folgenden ganz konkreten Fragen antworten muß:

1) Wo war der gerichtliche Hausdurchsuchungsbefehl, wenn der ganze Vorgang in Zusammenhang gestellt wird
   a) mit der Überwachung von anarchistischen Gruppen seit Ostern 68und
   b) mit der Bundesversammlung.
2) Welches Interesse haben Polizei und Bundesanwaltschaft herauszustellen, daß Hausdurchsuchung und Beschlagnahme der Sprengbombe "nachmittags" während der Bundesversammlung - nicht, wie in Wahrheit, nach ihrer Auflösung - stattgefunden habe?
3) Warum wird erst eine halbe Stunde im Fabrikhaus der Kommune I durchsucht, ohne einen Bewohner hinzuzuziehen, obwohl der Polizei bekannt sein mußte, daß die Kommune sich in der abgeschlossenen Wohnung im 2. Stock aufhielt.
4) Warum werden die Anwesenden mehrmals mit Gewalt daran gehindert, ihren Rechtsbeistand RA Mahler anzurufen? Seit wann gehört es zu den Strafverfolgungsmethoden, die Membran aus der Hörmuschel des Telefonapparates zu entfernen?

5) Was wird mit der systematischen Kriminalisierung der Verteidiger (Ausschluß von Mahler mit der Begründung, gegen ihn werde auch wegen des Verdachts der Parlamentsnötigung ermittelt; Hausdurchsuchung bei RA Eschen) anderes bezweckt als die ungehinderte und nicht mehr nachprüfbare Ausübung von Methoden, die jeder Rechtsordnung hohnsprechen?

6. Wie will die Exekutive unseres freiheitlich-demokratischen Staates den dringenden Verdacht von sich abweisen, daß sie das Belastungsmaterial für die Anarchistenverfolgung wie schon andere vor ihr (Faschismus) selber herstellt?

7. Wie ist es zu erklären, daß von den 10 Festgenommenen, die zum Zeitpunkt der Hausdurchsuchung anwesend waren, nur gegen 2 ein Haftbefehl erlassen wird, wenn nicht als Racheakt gegen Leute, mit denen die Justiz eine alte Rechnung begleichen will?

8. Seit wann ist es möglich, daß sich Staatsanwälte und Richter im Haftttermin auf belastendes Material stützen, das nicht weiter genannt wird, aber zur Grundlage der Entscheidung gemacht wird?

9. Seit wann reicht zur Begründung der Fluchtgefahr, die für einen Haftbefehl notwendig ist, dann, wenn der Beschuldigte einen festen Wohnsitz nachweisen kann und sich noch nie einem Gerichtsverfahren entzogen hat, das Argument, daß "angesichts der hohen Strafandrohung des Gesetz und der Überzeugungskraft des Beweismaterials ... sich der Beschuldigte dem Stafverfahren entziehen wird." Herr Klamroth kann doch nicht vergessen haben, daß die Strafandrohung für menschengefährdende Brandstiftung Zuchthaus heißt!

10. Wie will unsere "liberale", rechtsstaatliche Justiz den dringenden Verdacht von sich abwenden, daß sie die von der Öffentlichkeit wegen ihres polizeistaatlichen Charakters abgelehnte Vorbeugehaft zynisch ohne irgendwelche gesetzlichen Grundlagen bereits bei der "Anarchistenverfolgung" extensiv praktiziert?

Zentraler Ermittlungsausschuß

AUSNAHMEZUSTAND IN WESTBERLIN

(aus RPK 4)

Er wurde nicht proklamiert, es gab keine Außerkraftsetzung von Kontrollfunktionen sogenannter demokratischer Institutionen, er fand schließlich unbemerkt von der "Liberalen Öffentlichkeit" statt. Doch faktisch wurde in Westberlin während des Nixon-Besuchs und der Bundesversammlung zum ersten Male die zentral gesteuerte Repression der gesamten bürokratischen Institutionen gegen die sozialistische Opposition praktiziert. Die Länderregierungen beschworen nicht mehr ihre föderale Autonomie, sondern bewährten sich als Exekutive des Innenministeriums in Bonn. So erfolgte eine Anweisung Bendas an die Innenminister der Länder, Personen mit bestimmten "Erkennungsmerkmalen", deren Besonderheit geheim blieb, die Einreise nach Westberlin zu verweigern. SDS-Genossen aus Hamburg und ein Genosse des LSD wurden in Helmstedt Opfer dieser praktizierten Freiheitsberaubung. Hochschulautonomie, Hausrecht des Rektors, alle Befugnisse der Hochschulbürokratie wurden der zentralen Weisung des Innnensenats, formal des Wissenschaftssenators, untergeordnet. Die Universitäten Westberlins wurden für studen-

tische Veranstaltungen vor uns während der staatlichen Zeremonien gesperrt.
Durchgesetzt wurden diese Weisungen mit einem unverhältnismäßigen Aufgebot an Polizeikräften. Während sich am Vorabend der Bundesversammlung 200 Studenten in der TU befanden, war vor der TU auf der Straße des 17. Juni ein Polizeiaufgebot von 4000 Polizisten konzentriert. 8000 Polizisten waren permanent eingesetzt. Das unverhältnismäßig starke aufgebot der Polizei war sicher nicht erfolgt, auf Grund einer Fehleinschätzung der Stärke der sozialistischen Opposition, sondern zur Einschüchterung und Demoralisierung dieser Opposition eingesetzt. Die Übermacht einer militärisch ausgerüsteten und während der Aktionen militärisch eingesetzten konterrevolutionären Bürgerkriegs-Polizei sollte der Opposition ihre Ohnmacht demonstrieren und ihren Willen zu Aktionen prohibitiv zerstören.

In diese konterrevolutionäre Strategie passen auch die während und vor der Bundesversammlung wie auch beim Nixon-Besuch praktizierten Hausdurchsuchungen und Vorbeugehaft-Maßnahmen: bereits vor gem Nicon-Besuch wurden in Zehlendorf und Kreuzberg 17 Studenten (überwiegend Mädchen) verhaftet. Bisher ist ungewiß, ob es sich bei dieser Aktion um den Teil einer umfassend geplanten und dann abgeblasenen Verhaftungsaktion gehandelt hat.

Während der Bundesversammlung wurden in 5 Wohnungen Hausdurchsuchungen ohne Durchsuchungsbefehl vorgenommen, in einem Fall in Abwesenheit der Bewohner, die bei ihrer Rückkehr einen Zettel an ihrer Tür vorfanden, sich den Schlüssel bei dem nächsten Polizeirevier abzuholen. Das Schloß war durch einen Kobold gesperrt.
Ein Protokoll des polizeilichen Einsatzes befand sich auch im Polizeirevier nicht. Wie in Spanien seit langem praktiziert, war auch ein Anwalt, der einige Mitglieder der sozialistischen Opposition verteidigt, Opfer einer polizeilichen Untersuchungsaktion. (In Spanien werden Verteidiger der Opposition in wüste Provinzen evakuiert).
Am Nachmittag des 5. 3. wurde in der Kommune I eine Hausdurchsuchung durchgeführt; nachdem die Polizei die leerstehenden Räume im Erdgeschoß und 2. Stock ohne Zeugen und Durchsuchungsbefehl durchsucht hatte, drang sie in das 1. Stockwerk der KI ein, nahm die dort befindlichen 10 Genossen fest und fuhr sie in das Gefängnis Friesenstraße.

Dort erfolgte gegen Langhans und Kunzelmann Haftbefehl und Ankündigung, daß beide dem Ermittlungsrichter beim Bundesgerichtshof vorgeführt wurden. Die Staatsanwaltschaft beim Bundesgerichtshof genieß bekanntlich einen traurigen Ruf bei der Verfolgung von Kommunisten. Als Begründung für den Haftbefehl wurde der Fund einer angeblichen Sprengbombe angegeben, die sich im Duschraum im Zwischengeschoß des Hauses befunden hätte. Nach Aussagen von Langhans und Kunzelmann hat jedermann Zutritt zu dem ständig geöffneten Gebäude. Das gelte auch für das Polizeikommando, dessen Auftrag es gewesen sein könnte, in dem Haus der Kommune das Beweisstück zu deponieren und zu finden. Während der Hausdurchsuchung wurde die Telefonverbindung der K I zu RA Horst Mahler ständig unterbrochen.

Erst gegen 24.00 Uhr gelang es Mahler, mit dem Beamten der Bundesanwaltschaft, der die Ermittlung leitet, in Kontakt zu treten. Dort wurde ihm jedoch mitgeteilt, daß auch gegen ihn ein Verfahren laufe wegen Verstoßes gegen § 49 a, Abs. 105. Die Rechtsvertretung von Langhans und Kunzelmann wurde deshalb von RA Eschen übernommen.

Neben der terroristischen Gewalt der Polizei, infolge deren etwa 90 Verhaftungen auf den Straßen erfolgten, hatte sich auch die Legislative der Gesamtstrategie eingefügt und die Abschaffung ihrer konstitutionellen Autonomie demonstriert. Ein Beispiel: Die Ablehnung des Rektors zur Durchführung eines teach-ins erfolgte am Dienstag um 14.oo Uhr schriftlich. Als die Studentenvertretung beim Verwaltungsgericht um 16.30 Uhr einen Antrag auf Einstweilige Anordnung stellte, wurde die Bearbeitung des Antrags abgelehnt mit der Begründung, ein entsprechender Antrag könne laut "Anweisung" nur bis 15.00 Uhr bearbeitet werden.

Eine entsprechende Beschwerde der Studentenvertretung, daß die Benutzung der Räume der Studentenvertretung nicht durch das Hausrecht des Rektors untersagt werden könne, mußte am folgenden Tag erneut gestellt werden. Der Antrag der Studentenvertretung wurde am folgenden Tag um 16.00 Uhr von der 2. Kammer des Verwaltungsgerichts abgelehnt mit einer Begründung, die auf die grundsätzlichen Probleme der rechtmäßigen Durchsetzung des rektoralen Hausrechts nicht eingeht und auch nicht auf die Tatsache, daß die Räume an zwei Tagen hintereinander versperrt waren. Wörtlich heißt es: "Die Voraussetzung für den Erlaß einer Einstweiligen Anordnung gemäß § 123 der Verwaltungsgerichtsordnung ist nicht erfüllt. Es ist nicht vorgetragen und auch sonstnicht ersichtlich, daß wesentliche Nachteile für die Antragsteller dadurch entstehen können, daß sie ihre Funktionen für die Studentenschaft lediglich während der Nachmittags- und Abendstunden des 5.3.69 in ihren Amtsräumen in der Technischen Universität nicht ausüben können."

Bisher sind noch nicht alle Fälle weiterer polizeilicher Willkürmaßnahmen bekannt. Fest steht, daß auf dem Kaiserdamm ein VW-Bus angehalten wurde und die darin befindlichen Personen verhaftet wurden, weil sich in dem Wagen ein Helm befand. Fest steht, daß der Blaukreuzwagen über Polizeifunk gesucht wurde und wegen angeblicher technischer Mängel (ein Scheibenwischer funktionierte nicht) eingezogen wurde. Die Personen, darunter eine persische Ärztin, wurden verhaftet, ein schwerverletzter Demonstrant umgebettet. Ein Lehrling, der sich vor der TU die Nummernschilder der Wagen der Politischen Polizei notierte, wurde festgenommen und auf dem Polizeirevier Keithstraße ausgezogen, durchsucht und diffamiert nach Art einer schon während der 50er Jahre gegen Mitglieder der SED praktizierten Behandlung von politisch Verfolgten.

Was haben wir aus den Erfahrungen der letzten beiden Wochen zu lernen: Daß wir uns den Leichtsinn der Desorganisation nicht mehr leisten können, daß wir unsere Aktionsformen diskutieren und neu bestimmen müssen.

ARBEITSKONFERENZ: ARBEITSGRUPPE BETRIEBSBASISARBEIT

Ganz besondere Bedeutung der Betriebsbasisarbeit auf der Aprilkonferenz

1. Antiautoritäre Studentenbewegung und Politisierung an der Basis

Die westdeutsche Studentenbewegung hatte von Anfang an die Perspektive der Systemveränderung. Sie sah wenigstens abstrakt die Arbeiterklasse als revolutionäres Subjekt. Tatsächlich haben aber die im SDS organisierten Genossen an der Basis wenig oder garnicht gearbeitet. Das hatte zunächst seinen guten Grund, da die Hochschulen als Ausgangsbasen erst erkämpft werden mußten. Inzwischen haben aber viele Genossen die konkrete Perspektive der Arbeiteragitation verloren und sind auf die Hochschule und ihre eigenen Probleme zurückgefallen. Rationalisiert wird dieser Rückfall in den Liberalismus häufig mit der merkwürdigen Theorie von "befreiten Gebieten". Erstens sind aber die Hochschulen keine befreiten Gebiete und die Ansätze dazu könnten zerschlagen werden; uns zweitens müßten befreite Gebiete als Operationsbasen verwendet werden. Genau dies geschieht aber nicht, vielmehr scheinen einige Genossen darauf zu vertrauen, daß in ihren sogenannten arbeitenden Gruppen und in den Aktionen soviel Freiheit verwirklicht wird, daß sie über eine exemplarische Wirkung die Arbeiter dazu bringen, auch sogenannte arbeitende Gruppen zu bilden und Aktionen zu machen. Hier degeneriert die revolutionäre Strategie des SDS zum "Sozialismus in einer Gruppe" und könnte bald bei einer Art "Koexistenzpolitik" angelangt sein.

Damit wäre Lukács' Theorie "Zur Organisationsfrage der Intellektuellen" dann auch für den SDS als zutreffend erwiesen.

Zudem zeigten die Schwierigkeiten der letzten Aktionen und anderswo, daß angesichts der zunehmenden Totalisierung des Herrschaftsapparates militante Aktionen seltener Erfolg und häufig keinen mobilisierenden Effekt haben, der über die Beteiligten hinausreicht. Will die Studentenbewegung nicht im Ghetto der Subkultur verschimmeln, muß sie jetzt, auch schon um sich erhalten zu können, entschieden die Verbreiterung der Basis in der Arbeiterklasse in Angriff nehmen.

2. Arbeitskonferenz

Die BPG Heidelberg hat die Vorbereitung der Tagung der Betriebsprojektgruppen auf der AK übernommen. Themenvorschläge sind in der Gruppendiskussion erarbeitet worden und zu Beginn dieser Woche verschickt worden. Zu jedem der Themen haben Genossen der BPG des SDS Heidelberg kurze Referate vorbereitet.

Genossen, der Tagung der Betriebsprojektgruppen kommt in Hinblick auf die Bestimmung des Charakters der "Arbeitskonferenz" eine ganz besondere Bedeutung zu. Es ist nicht zufällig, daß bei der Projektierung der AK einigen Genossen im Verband nichts einfiel - nicht einmal eine Kontaktadresse. Darin drückt sich der Sachverhalt aus, daß z. T. aussichtsreiche Ansätze aus der Zeit des Kampfes gegen die NS-Gesetze verkümmert sind, aber auch zugleich "instinktiv" vernachlässigt wurden.

Nach einem reichlich harmonistischen Vorurteil ist die AK Resultante der Diskussionen der in arbeitenden Gruppen sich darstellenden Genossen. An Stelle der "abstrakten Ebene SDS" (Info 7/8, S. 1) tritt der Pluralismus der arbeitenden Gruppen, der andererseits wiederum die Kaderfunktion SDS (nk 51/52, s. 5) hervortreiben soll.

Es ist klar, daß in der Aufgebung dieses Pluralismus die eigentliche Bedeutung der AK liegt. Nur wenn es in den Diskussionen der "Arbeitsbereiche" den Genossen gelingt, zu einer strategischen Einschätzung ihrer Arbeit im Klassenkampf vorzustoßen, kann es überhaupt zu Richtungskämpfen kommen, die nicht existenzialistisch und pluralistisch sondern politisch sind derart, daß sie einen Schritt darstellen beim Aufbau der sozialistischen Organisation.

"Es gilt also nicht nur zu kontaktieren und zu kommunizieren, sondern Resultate ... vorzulegen" (Info 9, S. 2), und zwar Resultate, die die strategisssche Überlegenheit der Betriebsbasisarbeit klarmachen.

P. S. Die Genossen Noth und Kramer, die als Kontaktleute fungieren, sind über Telephon 06221/54343 (AStA Heidelberg) zu erreichen.

BPG Heidelberg

ARBEITSKONFERENZ: AG. BUNDESWEHRKAMPAGNE

In der konkreten organisatorischen Diskussion über den Kampf gegen die nationalen Streikräfte können wir Ansätze entwickeln für langfristige strategische Perspektiven der Studentenbewegung, die als revolutionäre Organisation über die Hochschule hinausgreifen muß.

I. Bisher sind Studentenrevolte und der aus organisierter Kriegsdienstverweigerung hervorgegangene anti-militaristische Kampf organisatorisch unvermittelt nebeneinander hergelaufen. Aber so wie der praktischen Selbstorganisation des Studiums, der politischen Neubstimmung von Wissenschaft ein Phase der bloßen Demonstrationen konkret werdenden Mobilisierung von Studenten über all gemeinpolitische Inhalte, vor allem über die Ideentifikation mit den revolutionären Kämpfen in der 3. Welt, vorausgingen: genauso war für die Politisierung von Kriegsdienstverweigerern das Bewußtsein der internationalen Unterdrückungsfunktion der NATO in Vietnam, Griechenland und Angola der Motor. Je mehr dann anti-militaristische Arbeit organisiert wurde, dest mehr wurden die innenpolitischen Funktionen der Bundeswehr Ziel des politischen Kampfes: von der abstrakten internationalen Solidarität, der es an organisatorischer Verbindlichkeit über die Ländergrenzen weg fehlte, wurde die mobilisierte politische Energie zurückgewendet gegen die Bundeswehr als Eckpfeiler politischer Herrschaft in der BRD selber.

II. Den Standort der Bundeswehr im Gefüge internationaler Herrschaft können wir analytisch an drei Funktionen festmachen:
a) Die Bundeswehr übernimmt einerseits konkrete Aufgaben in der vom US-Imperialismus organisierten Arbeitsteilung innerhalb des Nordatlantikpakts: hält strategische Positionen in der Europa einbegreifenden Weltstrategie der USA. Andererseits kocht sie ihre eigenen Süppchen durch die enge militärische Zusammenarbeit mit reaktionären Militärregimes in vielen Ländern Afrikas und z. B. mit Brasilien und Indonesien und vor allem durch die massive Unterstützung des portugiesischen Kolonialismus in Angola.

b. Innenpolitisch erfüllt die Bundeswehr vor allem drei Aufgaben:
1. Bürgerkriegsarmee
In den Notstandsgesetzen (87a, 4 GG) ist eine schon lange praktisch eingeleitete

Neuformulierung des militärischen Auftrags der Bundeswehr bloß legalistisch abgesichert worden. Hatten bis zur Verabschiedung der NS-Gesetze hie und da "Notstandsübungen" stattgefunden, waren Einsätze gegen Streiks geübt worden, so inzwischen die Bundeswehr als Bürgerkriegsarmee neue Qualität: Verstärkung von Infantrie und Luftlandetruppen, Zusammenlegung der Führungsstäbe von Territorialverteidigung (Objektschutz) und Heer sind massive organisatorische Schritte zur offenen und intensiven Vorbereitung des militärischen Einsatzes der Armee im Inneren.

2. Beste Voraussetzungen für seine Verwendung als Schule bietet das Militär auf Grundlage allgemeiner Wehrpflicht ohnehin: weit über 100 000 junge Männer durchlaufen pro Jahr die asketischen Stuben der kämpfenden Männergemeinschaft: schier die Hälfte des nachwachsenden industriellen Arbeitskräfte-Potentials. Disziplin und Pünktlichkeit der Gedienten weiß die Industrie zu schätzen. Dike politische Pädagogik hat an keiner anderen Erziehungsinstitution in Westdeutschland so massive Erfolge zu verzeichnen wie in der Bundeswehr. Der in militärischem Bereich intensiv vermittelte Antikommunismus wirkt weit über die Dienstzeit hinaus fort.

c) Die ökonomische Funktion militärischer Rüstung hat drei Aspekte: einmal wirft Rüstung unmittelbar hohe Profite ab - das gilt nur für bestimmte Branchen, zum anderen ist der Rüstungshaushalt ein den Wellen der Konjunktur anpssbares Polster von Aufträgen. Schließlich haben bestimmte Bereiche der Verteidigungsforschung (Atom-u. Weltraumforschung, Elektronik - Radarsystem) Spitzenreiterstellung unter aller industrieller Forschung. Die zivil verwertbaren Outputs von militärischen Großforschungsprojekten sind groß. Überspitzt kann man sagen: der technische Fortschritt überhaupt ist befestigt am Fortgang der waffentechnischen Entwicklung.

III. Gegen diese srei innenpolitischen Funktionen der Bundeswehr muß eine antimilitaristische Strategie der "Verunsicherung, Lähmung und Zersetzung" auf mehreren Ebenen ansetzen.

1. Die Kaderarbeit
Antimilitaristische Kader in Der Bundeswehr sind der einzige Ansatzpunkt, an dem wir die Funktion der Bundeswehr als bürgerkriegsarmee in Frage stellen können. Kaderf können organisiert werden a) über Kriegsdienstverweigerung in der Bundeswehr, b) über die Organisation von Reservisten aN DEN Universitäten und die Organisierung von sozialistischen Reserveübungen, c) über die systematische Organisierung und Schulung von Kadern, die aus Schulen und Betrieben mit genauen Vorstellungenmüber die mögliche Arbeit zum Militär gehen. Kader haben nicht nur die Aufgaben, praktisch die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr in Frage zu stellen, sondern auch, die Integrationsmechanismen des militärischen Dienstes -mindesteens partiell- aufzuheben . Sie haben "Gegenerziehung" zu leisten.

2. Kriegsdienstverweigerung als Massenbewegung
Wirklich massenhafte Kriegsdienstverweigerung kann den Sozialisationsmechanismus Bundeswehr von vielen -politisch organisierbaren- Individuen fernhalten. Eine gleichzeitig an Gymnasien und Universitäten (z. B. med. Fakultät)betriebene Kampagne zur Verweigerung des Bundeswehrdienstes kann die ohnehin bestehenden Engpässe beim Führungspersonal der Bundeswehr kritisch zuspitzen.
3. Den einzigen Ansatz für den Angriff auf die Bundeswehr als ökonomische Stabilisierungsinstanz bilden die Hochschulen , vor allem THs und Ingenieurschulen. An ihnen wird auf zweierlei Weise Wissenschaft fürs Militär unmittelbar

bar produziert: einmal durch die Übernahme von Forschungsaufträgen des Bundesverteidigungsministeriums, und von an Waffensystemen arbeitenden Privatformen, zum anderen durch die Produktion technischer und anderer militärischer Führungskader. Beide Verwertungszusammenhänge technischer Wissenschaften lassen sich durch durch politische Organisation aufheben. Für die Technologiebasisgruppen kann die bloße Aufdeckung der normalerweise geheimen Verwertungszusammenhänge eines einzigen Forschungsprojekts erste Ansätze für politische Praxis ergeben.

Kann so an der Hochschule einmal der ökonomische Zusammenhang Militär-Wissenschaft bekämpft werden, so ergeben sich dort noch andere Ansätze für die Herstellung eines organisatorischen Zusammenhangs zwischen einer außerhalb der Universität begonnenen politischen Kampagen mit der Arbeit der Genossen in der Universität selber. Die an einzelen soziologischen und politologischen Instituten erkämpften autonomen Bereiche hätten in die dort geplanten Forschungsstrategien Projekte zur Aufdeckung der empirischen Zusammenhänge zwischen Industrie, Wissenschaft, Militär und staatlicher Bürokratie einzubringen. Der politischen Bewegung wären so Arbeitsmaterialien zu liefern für die Entwicklung langfristiger strategischer Perspektiven.

Die drei Ebenen antimilitARISTISCHER Arbeit hängen eng miteinander zusammen. Jeder einzelen Ansatzpunkt weist über den borniert antimilitaristischen Kampf hinaus. So wie für die Arneit in der Bundeswehr geschulte Kader schon an ihren Schulen an der Aktualisierung von Konflikten arbeiten, so wird auch organisierte Kriegsdienstverweigerung z.B. bei den Medizinern, die Aufdeckung destruktiver Verwertung von Wissenschaft und die Organisation von Reserveoffizieren sich als Element des Widerstands gegen Disziplinierungsversuche des autoritären Staates an den Hochschulen selber erweisen. Die organisatorische Festigung der Hochschulrevolt wird auf die politischen Kampagnen zurückschlagen dadurch, daß die arbeitenden Gruppen an der Hochschule selber erfahren, wie weit produzierte Wissenschaft in den Produktionsprozeß und das Militär strukturierend hineinreicht.

Daß die Universitäten allein nicht revolutioniert werden können: die Einsicht können wir nur durch die praktisch-organisatorische Vermittlung unserer Arbeit an den Hochschulen mit politischen Kampagnen wie dem Kampf gegen die Bundeswehr einlösen.

Wir haben - immer unter dem Aspekt von Organisierung und Koordinierung der politischen Arbeit - zu diskutieren:
1. Die Funktionen der Bundeswehr und von daher den Stellenwert einer Kampagne gegen sie.
2. Die Elemente der antimilitaristischen Strategie:
a. die Kaderarbeit in der Bundeswehr, ihre Vorbereitung durch Kasernenaktionen, intensive Arbeit an Schulen und Universitäten
b. den Stellenwert von massenhafter Kriegsdienstverweigerung
c. an den Hochschulen: die Planung von empirischen Forschungsprojekten zum Zusammenhang zwischen Militär, Wissenschaft, Industrie und Staatsbürokratie, die Blockade (vorher: Aufdeckung) von Forschungsprojekten im Auftrag militärischer Stellen; Aufkündigung der Zusammenarbeit mit Instituten, die unmittelbar militärische Führungskader ausbilden (z.B. slawische Institute)(med. Fak.) und die Organisierung von Kriegsdienstverweigerung solcher Kader oder ihre Umfunktionierung zu "sozialistischen Militärkadern".

An den einzelnen Punkten haben wir unter organisatorischem Aspekt die Zusammenarbeit zu diskutieren mit der sozialistischen Schülerbewegung, die Möglichkeit überregionaler Koordination der antimilitaristischen Arbeit an den Hochschulen in Zusammenhang mit der Organisation des Technologieprojektes, die Perspektiven organisatorischer Zusammenarbeit mit Betriebs- oder Stadtteilbasisgruppen für die aus Bundeswehr und Ersatzdienst zurückkehrenden Kader.

Dringend erforderlich ist es, daß alle Genossen, die Informationen über militärische Auftragsforschung an Unis haben, diese in die Diskussion unmittelbar einbringen. Organisatorische Arbeit werden wir nur dann leisten können, wenn wir die vorhandenen Informationen verallgemeinern und ihnen politischen Zusammenhang geben.

ARBEITSKONFERENZ: FINANZEN

Auf dem Plenum der AK wird auch zu sprechen sein von der wirtschaftlichen Lage des Verbandes. Dabei spielt die Frage, wie die organisatorische und politische Arbeit des BV auf die Dauer finanziert werden soll, eine zentrale Rolle. An der Lösung dieses die Arbeit des BV ständig belastenden Problems wird sich zeigen, inwieweit die Genossen bereit sind, Verbindlichkeit in der politischen Arbeit auch auf dem ökonomischen Sektor herzustellen.

Die Gruppenbeiträge sind bisher nur sehr spärlich eingegangen, mit der rühmlichen Ausnahme einiger Gruppen, die uns sehr solidarisch geholfen haben.
Die folgenden Zahlungen gingen ein:

Freiburg	DM 45.-	
Berlin	DM 6 600.-	
Marburg	DM 70.-	
	+DM 1 600.-	(DK-Broschüre)
Frankfurt	DM 72.-	
Heidelberg	DM 200.-	
Hannover	DM 350.-	(DK-Schulden)
Konstanz	DM 15.-	
München	DM 100.-	
Tübingen	DM 200.-	
+ Spende	DM5 000.-	
Hamburg	DM 780.-	
Erlangen	DM 120.-	
Regensburg	DM 51.-	
Darmstatd	DM 100.-	
Düsseldorf	DM 50.-	
Augsburg	DM 25.-	
Aachen	DM 150.-	(in Büchern)

ZAHLT MASSENHAFT DM 5.- AN DEN BV !

Trotz der umfangreichen Sanierungsmaßnahmen und trotz einiger INFO-Zahlungen, womit der INFO allerdings noch nicht finanziert ist, sind an übernommenen Schulden immer noch über DM 10 000.- zu tilgen.
DARUM FORDERN WIR ZUR ABDECKUNG KURZFRISTIGER SCHULDEN ALLE GENOSSEN AUF, EINE EINMALIGE ZAHLUNG IN HÖHE VON 5 MARK AN DEN BV ZU LEISTEN! Postscheckkonto FFm, Nr. 316 07; Dresdner Bank Konto Nr. 282 427.